

# **„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“<sup>1</sup>“**

Verfolgte Abgeordnete  
der Bremischen Bürgerschaft  
in biographischen Skizzen

Dieter Fricke

---

<sup>1</sup> | *Josef Böhm zitiert Otto Wels in einem Schreiben vom 16. Mai 1933 aus der Ostertorwache an seine Familie.*

Vorbemerkung	4
1. Weimar, die ungeliebte Republik	6
2. In Bremen war manches anders: Die Entwicklung an der Weser und im Reich	12
3. Tumulte und Razzien, „Machtübernahme“ und mehr: Bremen im März 1933	18
4. Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft 1933	38
5. Die Verfolgten – Biographische Skizzen	44
Resümee	72
Literaturauswahl	76

Geschichte in all ihren Facetten versteht man wohl am besten, wenn man den Lebenswegen Einzelner in den unterschiedlichen Epochen folgt. Und so ist auch der Auftrag des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft zu verstehen, ein Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten verfolgten Abgeordneten zu verfassen, ihre Lebenswege, besonders unter dem Nazi-Regime, in Erinnerung zu bringen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Geschichte des Bremer Parlamentes und soll ein Anstoß zur Erinnerung und zur Aufarbeitung der Geschichte des „Dritten Reiches“ in Bremen sein: eine Spurensuche im dunkelsten Kapitel unserer jüngeren Vergangenheit.

In den ersten Kapiteln sollen hier in knapper Form noch einmal die politischen Ereignisse und Verhältnisse der Weimarer Republik – im Deutschen Reich und natürlich in Bremen - Revue passieren, der folgende Abschnitt behandelt die Details, die zum Rücktritt des Senats und zur Auflösung der Bürgerschaft in Bremen im März 1933 führten. Danach folgen die biographischen Skizzen, die an die individuellen Bremer Abgeordnetenschicksale erinnern. Diese kurzen Lebensläufe stellen nur eine erste Bestandsaufnahme dar. Denn aufgrund der ebenso unübersichtlichen wie unvollständigen Aktenlage fehlt sicherlich manches Detail. Unberücksichtigt bleiben in dieser Bestandsaufnahme Nachrücker, die erst kurz vor der Auflösung des Bremer Parlamentes zu Abgeordneten wurden, einige von ihnen wurden ebenso verfolgt. Dazu gehören beispielsweise Hans Hackmack, Heinrich Brandt, Hermann Roschen, Friedrich Schnier und Emil Sommer von der SPD, Dr. Wilhelm Carstens, Bruno Fickel, Dr. Bernhard Noltenius und Friedrich Martin Vietor von der DVP, Philipp Jahn vom Zentrum sowie einige Deutschnationale. Daher sind weiterführende Hinweise und Ergänzungen notwendig und dringend erwünscht.

Auch diverse Parlamentarier, die nach dem Krieg in der Bremischen Bürgerschaft saßen, wurden im Dritten Reich verfolgt.

# 1. Weimar, die ungeliebte Republik

Nachdem das Deutsche Kaiserreich 1914 jubelnd in einen vermeintlich notwendigen Krieg gezogen war – galt es doch, den übrigen Großmächten und sich selbst den Rang und die Unbesiegbarkeit der noch jungen Weltmacht zu beweisen – war nach dem Kriegsende 1918 das Selbstbild einer ganzen Gesellschaft aus den Fugen geraten. Der Krieg war verloren, der Versailler Vertrag hatte Deutschland schwere, ja, nahezu untragbare Lasten auferlegt. Allein die Reparationszahlungen waren bis in die 1980er – für siebzig lange Jahre – terminiert. Der einst so strahlende Kaiser war – diesmal ganz prunklos – ins komfortable Exil in die Niederlande (zunächst nach Amerongen, dann nach Doorn) entschwunden, während die notgedrungen daheim gebliebene Bevölkerung demoralisiert die Suche nach den Schuldigen aufnahm.

Denn der bürgerliche Mittelstand, das Kleinbürgertum und besonders die Arbeiterschaft litten unter den verheerenden Folgen des verlorenen Krieges. Verelendung, Wirtschaftskrisen, Inflation und die Suche nach staatlicher Identität sollten schließlich die politische Atmosphäre der Weimarer Jahre bestimmen<sup>2</sup>.

Doch trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller internationalen Vorbehalte und Probleme war es der ersten Deutschen Republik in den Weimarer Jahren mit Beharrlichkeit und Geschick gelungen, durch Verträge mit Ost und West (hier seien nur die Abkommen von Rapallo, Locarno und der Eintritt in den Völkerbund genannt) wieder eine ehrenhafte Stellung als vielleicht wenig geliebte, aber doch leidlich respektierte Nation zurückzugewinnen. Ein mühsamer Weg. Weit schlimmer sah es jedoch im Inneren Deutschlands aus. Denn diese „ungeliebte Republik“ hatte von Beginn an mit einer strikten Ablehnung seitens ultrakonservativer und nationalistischer Kreise zu kämpfen. Auch die äußerste Linke, die die Revolution von 1918 nicht für sich hatte entscheiden können, stand dem legitimen politischen Nachfolger des Deutschen Kaiserreiches mehr als skeptisch gegenüber.

Eine unheilvolle Stimmung, so sollte es sich erweisen, die mittels der „Dolchstoßlegende“, die diese Republik tragenden Kräfte – besonders die SPD – für die nicht verwundene Kriegsniederlage verantwortlich zu machen versuchte. Selbst ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstages während der zwanziger Jahre, der eindrucksvoll und nachdrücklich das Gegenteil bewies, konnte diese bössartige Legende nicht nachhaltig zerstören<sup>3</sup>.

2 | *Ein fein nachgezeichnetes Stimmungsbild der Weimarer Republik vermittelt Lion Feuchtwangers 1930 erschienener Roman „Erfolg“, 2 Bde., Frankfurt/M. 1980.*

3 | *Deutscher Reichstag (Hrsg.) Verhandlungsberichte über die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahr 1918, 4 Bde., Berlin 1926 bis 1928*

Die Novemberrevolution 1918/1919 hatte zu keiner gravierenden politischen und gesellschaftlichen Neuordnung geführt. Statt des Kaisers regierten nun demokratisch gewählte Volksvertreter: die Dynastien waren zwar gestürzt worden, doch die alten Eliten des Kaiserreiches hatten zum großen Teil ihre Machtpositionen behalten. In der Bürokratie, in der Justiz, beim Militär und besonders in der Wirtschaft gaben weitgehend die Kräfte den Ton an, die schon im Kaiserreich den Kurs bestimmt hatten. Ein unübersehbares Indiz für die erneute Festigung der alten Hierarchien war das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl von 1925: Nach dem frühen Tod des Sozialdemokraten Friedrich Ebert folgte diesem der konservative Feldmarschall Paul von Hindenburg in das höchste Staatsamt nach. Gesellschaft und Wirtschaft waren also weitgehend in ihren alten autoritären Strukturen erhalten geblieben und dagegen vermochte sich die junge Demokratie schon bald nicht mehr durchzusetzen, zumal die Bevölkerung weitgehend untrainiert in demokratischer Mitbestimmung und den damit einhergehenden Gestaltungsmöglichkeiten war. Je deutlicher wurde, dass die Republik diese Kräfte nicht besiegen würde, umso stärker wandte sich das einst staatstragende Bürgertum von dieser ohnehin wenig respektierten Republik ab und der gewohnten autoritären Denkform wieder zu.

Die materiellen Schwierigkeiten, die doch aus dem vom Kaiserreich geführten und verlorenen Krieg resultierten, die nun aber der jungen Republik angelastet wurden, beschleunigten diesen Prozess und verstärkten den unseligen Ruf nach einem autoritären Staat, der die schmachvolle Niederlage wettmachen und das Deutsche Reich zu neuem Glanz und Ruhm führen sollte<sup>4</sup>.

Anhand des Konjunkturverlaufes lassen sich die Weimarer Jahre grob in fünf Abschnitte gliedern:

1919/1920:	Übergangszeit
bis 1923:	Nachkriegskonjunktur
bis 1926:	Depression
bis 1929:	Zwischenkonjunktur
bis 1932/1933:	Weltwirtschaftskrise mit extrem hoher Arbeitslosigkeit

Die Wirtschaftslage der Frühphase der Weimarer Republik war von Umstellungsschwierigkeiten von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft sowie von einer galoppierenden Inflation als Spätfolge des Krieges und der ungewöhnlich hohen Reparationsforderungen gekennzeichnet. Nach einer Phase der relativen Schwäche (bis 1920) gelang es der Industrie allerdings, den starken sozialpolitischen Druck abzufangen,

4 | *Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1969.*



*Revolution 1919: Division Gerstenberger*

seit etwa 1923/24 verschoben sich die Kräfte wieder zu ihren Gunsten. Schon zu Beginn der relativen politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung nach der Inflation hatten sich immer mehr Widersprüche in der Sozialpolitik angehäuft: Die Ausweitung und Verallgemeinerung der sozialen Leistungen stießen an die Grenzen der Finanzierbarkeit und führte zu der Forderung, die sozialen Abgaben und Leistungen zu begrenzen. Naturgemäß wurden diese Forderungen in erster Linie von konservativen Interessensverbänden erhoben, gemeint sind Großindustrie, Handel und Landwirtschaft. Gemeinsam war diesen Kreisen eine ablehnende, zumindest indifferente Haltung gegenüber der parlamentarischen Republik. Auf der anderen Seite waren die statusbedrohte Mittelschicht und die Arbeiterschaft extrem von der Inflation und den Wirtschaftskrisen betroffen, auch dies ein wichtiges Indiz für den Aufstieg des Faschismus. Besonders die verheerende Inflation zu Beginn der zwanziger Jahre bedeutete für den Mittelstand und die Arbeiterfamilien den sozialen Abstieg, während sich das an Sachwerten orientierte Bürgertum und die Konzerne – bedingt auch der Staat – entschulden konnten.

Wirtschaftliche Krisen und soziale Deklassierung großer Teile der Bevölkerung halfen so schließlich mit, dass die Nationalsozialisten – die erklärten Feinde der demokratisch verfassten Weimarer Republik – den Kampf um die Macht im Staat nach langem und zähem Ringen für sich entscheiden konnten.

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 war letztlich eine resignierte Antwort auf den Versuch, die Weimarer Republik mit Hilfe der Präsidialgewalt zu regieren. Denn innerhalb ihres konstitutionellen Denkens beließen die Parteien in den gefährlichen Krisensituationen der frühen dreißiger Jahre die letzte staatliche Verantwortung in den Händen des greisen Staatsoberhauptes Paul von Hindenburg. Aus heutiger Sicht wirkt diese Haltung fast wie eine freiwillige politische Entmündigung.

Denn die Präsidialgewalt konnte sich nur in einem Machtvakuum – nicht zuletzt entstanden durch das eklatante Versagen der Parteien der politischen Mitte – entwickeln. Wohl auch, weil es den heillos zerstrittenen Parteien jeglicher Couleur nicht gelang, sich zu einem pragmatischen Interessenausgleich bereit zu finden. Der Weg für Adolf Hitler und die Nationalsozialisten war nun frei. Doch war das eigentlich unabwendbar? Sicher nicht, aber spätestens seit Beginn der dreißiger Jahre waren es nicht mehr die Arbeiterbewegung und der bürgerliche Liberalismus allein, die den Sieg der NSDAP noch hätte verhindern können. Verantwortlich waren besonders auch die, die schließlich Hitler an die Macht brachten, die konservativen und reaktionären „Steigbügelhalter“ aus Großgrundbesitz, Schwerindustrie und Hochfinanz. Einflussreiche Kreise, die ganz bewusst auf die Änderung der politischen Verhältnisse hinarbeiteten.

## 2. In Bremen war manches anders: Die Entwicklung an der Weser und im Reich

Nach der gewaltsamen Niederwerfung der Bremer Räterepublik im Frühjahr 1919 durch Reichstruppen und das Freicorps Caspari etablierten sich auch in der Hansestadt allmählich wieder die alten Kräfte. Am 9. März 1919 wurde die Bremische Nationalversammlung gewählt – erstmals übrigens nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Schon das war ein riesiger Fortschritt, denn noch im Kaiserreich hatte in Bremen ein kompliziertes Acht-Klassen-Wahlrecht gegolten, das die Oberschicht begünstigte. MSPD und USPD errangen damals etwa die Hälfte der Sitze, aber auch die verschiedenen konservativen, teils demokratiefeindlichen, teils antisemitischen Gruppierungen waren mit mehr als 20 Prozent in dieser verfassungsgebenden Versammlung vertreten.

Trotz einer überwältigenden Mehrheit der Linken (MSPD, USPD, KPD) kam hier keine Koalition zustande, die Mehrheits-Sozialdemokraten arrangierten sich daher mit den Parteien der bürgerlich-liberalen Mitte. Die zerstrittene Linke vergab hier viele Chancen zur politischen Gestaltung. Denn waren zu Beginn der Bremer Räterepublik die drei sozialistischen Parteien noch gemeinsam Träger der „Revolution“ in Bremen gewesen, scheiterte diese Zusammenarbeit schon nach kurzer Zeit. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil die MSPD und die bürgerlichen Gruppen maßgeblich an der Zerschlagung der Bremer Räterepublik beteiligt waren. Aber auch die Einstellung der Arbeiterschaft zu ihren Organisationen hatte sich in den Weimarer Jahren grundlegend verändert: Die Niederlagen in den ungezählten Kämpfen hatten dazu geführt, dass die Arbeiter ihre politischen Gruppierungen, insbesondere auch die Gewerkschaften, nicht mehr als schlagkräftige Kampforganisationen ansahen, sondern wohl eher als gesellschaftliche „Schutzräume“. Erschwerend kam hinzu, dass die Gewerkschaften sich schwer taten, alternative Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu entwickeln und dem Herausfallen, ja, der sozialen Deklassierung der Arbeitslosen aus den Gewerkschaftsreihen weitgehend tatenlos zusahen.

Die MSPD übernahm nun eine führende Rolle im Stadtstaat, während sich USPD und KPD weiter radikalisierten. Der erste Bremische Senat nach dem Ersten Weltkrieg bestand aus 18 Mitgliedern – eine Koalition aus den Mittelparteien MSPD / DDP / DVP bildete den Senat, ähnlich übrigens wie die erste Reichsregierung aus MSPD / Zentrum / DDP – unter Führung des parteilosen Senatspräsidenten und Bürgermeisters Dr. Martin Donandt, der schon vor dem Krieg dem Bremer Senat angehört hatte. Dieser Senat war „aber im Wesentlichen von konservativen Oberbeamten umgeben“<sup>5</sup>, das heißt, ein parteipolitischer Einfluss auf die Besetzung höherer Verwaltungsposten lässt sich nur in sehr eingeschränktem Maße feststellen.

5 | Herbert Schwarzwälder, *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen*, Bd. 3, Hamburg 1983, S. 227.

Die Inflationszeit (bis 1923) und die hohe Arbeitslosigkeit in der Hansestadt schränkten den Handlungsspielraum und die Gestaltungsmöglichkeiten des Senats, nicht zuletzt aufgrund der geringen finanziellen Mittel, zusätzlich ein. Und die gemeinsame Basis der Koalitionsregierungen blieb gemeinhin schmal. Trotzdem war das erste Jahrzehnt der Weimarer Republik eine Zeit weitreichender politischer, sozialer und wirtschaftlicher Reformen – in Bremen fiel eine besonders innovative Schul- und Kulturpolitik auf, und auf wirtschaftlichem Gebiet war eine aufwändige Baupolitik (Ausbau der Hafenanlagen in Bremen und Bremerhaven und des Flugplatzes am Neuenlander Feld und umfangreiche Verbesserungen des Eisenbahnnetzes) zu verzeichnen, die das wirtschaftliche Überleben des Stadtstaates an der Weser sichern sollte.

Die Wahlergebnisse zwischen 1919 und 1932 für das gesamte Deutsche Reich zeigen einen auffälligen Stimmenrückgang auf Seiten der Arbeiterparteien von 45 Prozent (1919) auf 37 Prozent (1932). Dabei musste die SPD kontinuierliche Verluste hinnehmen, während die KPD ihren Stimmanteil vermehrte. Ein Zeichen der Unzufriedenheit mit der nun etablierten Regierungspartei SPD? Noch schlimmer traf es das bürgerlich-liberale Lager – DDP und DVP waren am Ende der Weimarer Zeit nahezu bedeutungslos geworden, sie fielen reichsweit von über 20 Prozent (1919) auf kaum noch wahrnehmbare 3 Prozent (1932), eine dramatische Entwicklung. Währenddessen konnten die der jungen Demokratie skeptisch bis ablehnend gegenüber stehenden, royalistisch-völkischen Deutschnationalen (DNVP) reichsweit eine relativ stabile Position behaupten – ihr Stimmenanteil lag stets bei etwa 10 Prozent (in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre sogar bei 15 Prozent). Aus dieser hier nur knapp skizzierten Entwicklung kann man die These ableiten, dass die außerordentlichen Erfolge der NSDAP auf eine erschreckende Erosion des politischen Liberalismus zurückzuführen sein müssen. Der kontinuierliche Abstieg der liberalen Parteien kam zunächst den Deutschnationalen und den „Sonstigen“ zugute. Zeitgleich mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1928 gelang es dann auch der NSDAP offensichtlich, sowohl große Teile der bis dahin liberal gesinnten Wählerschaft als auch Teile der Arbeiterschaft und der übrigen kleineren Parteien an sich zu ziehen. Der erschütternde Niedergang des organisierten Liberalismus – in Deutschland mit einer Unzahl bedeutender Persönlichkeiten, mit etlichen politischen Erfolgen und großem Einfluss seit der 1848er Revolution präsent – beförderte demnach auch den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung.<sup>6</sup>

Diese im Reich und vielen deutschen Ländern zu beobachtende Entwicklung verlief in Bremen jedoch anders. Denn das politische Bremen, besonders die außenhandelsorientierte Kaufmannschaft, blieb während der gesamten Weimarer Epoche weitge-

6 | Vgl. hierzu Holger Rust, *Die Entwicklung des politischen Liberalismus in der Weimarer Republik, in: 1933 – Wege zur Diktatur*, (Katalog) Berlin 1983, S. 10 ff.

hend liberal, wie man den Wahlergebnissen der bürgerlichen Mittelparteien entnehmen kann. Nur eine geringe Steigerung des Stimmenanteils der völkischen Parteien ist hier zu verzeichnen, mit den Erfolgen der Rechten bei Reichstagswahlen oder den Wahlergebnissen in anderen deutschen Ländern ist diese Zunahme nicht zu vergleichen. Erst bei den Bürgerschaftswahlen 1930 – auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise – gelang der NSDAP erstmals der Einzug ins bremische Parlament, nun konnte sie aber gleich ein Viertel der Abgeordnetensitze erringen.

Die Jahre bis 1933 waren insgesamt gekennzeichnet von erregten, aggressiven Auseinandersetzungen der diversen politischen Richtungen, besonders vor Bürgerschafts- oder Reichstagswahlen kam es zu einer verstärkten völkischen Agitation<sup>7</sup>. Und das nicht nur in Bremen: Die Staatsfeindlichkeit reaktionärer Cliques gipfelte in zwei spektakulären Umsturzversuchen: 1920 der Kapp-Putsch in Berlin und 1923 der Hitler-Ludendorff-Putsch in München. Beide Male war der Staat zwar in der Lage, diese Verschwörungen zu vereiteln, doch beide Ereignisse werfen ein helles Schlaglicht auf die Unzufriedenheit und ablehnende Haltung vieler Bürger und damit auch auf die politische Labilität und Instabilität der ersten deutschen Republik.

Mit dem Ende der Inflation und der Stabilisierung der Deutschen Reichsmark endeten die ersten Krisenjahre der Weimarer Republik, eine Phase der wirtschaftlichen Konsolidierung trat ein, die jedoch schon Ende der zwanziger Jahre durch den Beginn einer neuen anhaltenden Wirtschaftskrise beendet wurde – in Bremen besonders folgenschwer nach dem Zusammenbruch des größten europäischen Baumwollverarbeiters, der „Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei“ („Nordwolle“): „Dieser Zusammenbruch erledigte nicht nur einen Mammutkonzern und stellte über 25.000 Arbeiter und Angestellte in der Zeit bitterster Wirtschaftsnot vor die Existenzfrage, sondern er zog in den Strudel der Katastrophe noch den zweitgrößten Bankkonzern, die Darmstädter- und Nationalbank, der nun auch noch die größte Privatbank, die Schröder-Bank in Bremen, folgte. Dieser dreifache Zusammenbruch verschärfte die bestehende Finanzkrise und gab das Signal zu einer die Währung gefährdenden Panik der Sparer, wie sie seit der Inflation nicht mehr erlebt wurde. Weitere Banken und Industriebetriebe wurden erschüttert. Das Abgleiten Deutschlands in eine zweite Inflation konnte nur durch Notverordnungen am ‚laufenden Band‘ und durch Eingreifen des Reiches mit seinen letzten Steuermitteln zugunsten der verkrachten Banken und Konzerne verhindert werden,“ beschrieb damals der sozialdemokratische Redakteur Alfred Faust die Auswirkungen des weit über die Grenzen der Hansestadt Aufsehen erregenden Konkurses in einer Broschüre.<sup>8</sup>

7 | vgl. Dieter Fricke, *Antisemitismus in Bremen, (Manuskript), Bremen 1989*

8 | Alfred Faust, *Das Panama der Nordwolle (Broschüre), hrsg. von der SPD Bremen, Bremen o.J.*

Der betrügerische Bankrott (Firmenbilanzen waren über Jahre gefälscht worden) der Inhaber, der Bremer Familie Lahusen<sup>9</sup>, verschärfte die Krise in Bremen gewaltig. Die Verstrickung in den Skandal des mit den Lahusens verschwägerten Senators Bömers aus dem bürgerlichen Lager sowie die Tatsache, dass der leitende Gesellschafter der DaNat-Bank ein Jude (Jakob Goldschmidt) war, nutzten die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen ebenso geschickt wie schamlos für ihre Propaganda, obwohl die Lahusens ebenfalls zum gemäßigt-nationalen Lager zählten und über Jahre erhebliche Beträge für diverse Rechtsorganisationen gespendet hatten.

Mit der Weltwirtschaftskrise wurden die Grundlagen für eine weitere Stabilisierung der politischen Verhältnisse im Deutschen Reich – und damit auch in Bremen – wohl endgültig zerstört. Die radikalen Parteien auf der Linken und der Rechten, die die parlamentarische Ordnung ohnehin ablehnten, blockierten zunehmend eine demokratische Mehrheitsbildung. Die bürgerlich-demokratischen Parteien verloren weiter an Wählern und damit an Einfluss und Bedeutung. Durch die ständige Anwendung des Notverordnungsparagraphen 48 der Reichsverfassung wurde das längst marode parlamentarische Regierungssystem völlig ausgehöhlt – die Wirtschafts- und Finanzkrise weitete sich zu einer Krise des gesamten politischen Systems aus, an deren schmachlichem Ende der Beginn Hitlers' Reichskanzlerschaft stehen sollte.

„Die erste deutsche Republik überstand ein Jahrzehnt länger als Italien die Krisen der Nachkriegszeit und die andauernden Anfechtungen der parlamentarischen Demokratie durch ihre Gegner von links und von rechts [...] Die Weimarer Republik war im Grunde der Versuch, den Bismarck-Staat mit den Revolutionen von 1848 und 1789 zu verbinden. Darin lag ihr teils konservativer, teils liberal-vorausweisender Charakter beschlossen. Er wurde deutlich sichtbar in der kurzen jedoch reichen Kulturentfaltung der ‚Goldenen Zwanziger Jahre‘. Der Bruch von 1929/30 besitzt ganz entscheidendes Gewicht. Eine Verkettung von Ereignissen führte zur Umkehrung der zukunftsorientierten Entwicklung, zu einer Rückkehr in die Katastrophenstimmung der Anfangszeit. [...] Als die Hauptfaktoren erscheinen: der plötzliche Tod Stresemanns an der Schwelle international wichtiger Entscheidungen, der Einbruch der Weltwirtschaftskrise mit einer bis dahin unbekanntenen Arbeitslosigkeit, die demokratiewidrigen Reform- oder Restaurationspläne um den Reichspräsidenten und die unheilvolle Rolle von Personen wie Hindenburg und Brüning, Schleicher und von Papen, Hugenberg und Hitler. Nicht die ökonomische Verursachung, sondern die Form und die Folgen des politischen Reagierens auf die Krise waren das zentrale Problem, um das die Frage kreist, warum ist es in Deutschland so und nicht anders

9 | Dietmar von Reeken, *Lahusen – Eine Bremer Unternehmersdynamie 1816-1933, Bremen 1996*



gekommen, ohne das es notwendig so kommen musste,<sup>10</sup> schrieb der Historiker Karl Dietrich Bracher. Wie wahr.

Und Detlef Peukert sagte einmal zusammenfassend: „Die Weimarer Republik trug das Geburtsmal der Niederlage. Angesichts der Hoffnungen, die der Weltkrieg geweckt hatte, musste jeder Friedensschluss zur Enttäuschung führen. Die Krisenhaftigkeit der Epoche verhinderte, dass sich das neue soziale und politische System konsolidierte und dauernde Legitimitätsgeltung im deutschen Volk gewann. Tatsächlich spiegelte der Zerfall in Weltanschauungs- und Interessensparteien die tiefgreifende Zersplitterung der Gesellschaft wider. So wurden die Basiskompromisse von 1918/19 unterminiert statt ausgestaltet, bis sich die Partner von 1918 aus dem ausgehöhlten Gebäude zurückzogen und die alten Eliten seine Reste zum Einsturz zu bringen trachteten.“<sup>11</sup>

Was in Berlin im Januar 1933 mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler so spektakulär begann, sollte in Bremen noch etwas dauern. Erst Anfang März 1933 gelang es hier den Nazis, den Senat zum Rücktritt zu bewegen.<sup>12</sup> In den Wochen vorher war es der NSDAP reichsweit gelungen, ihre Macht auszubauen, nicht nur der bis heute nicht völlig aufgeklärte Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 kam da zur rechten Zeit. Mit Hilfe einer „Reichstagsbrand-Notverordnung“ und der „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 wurde die „Gleichschaltung der Länder“ geschickt vorbereitet. Die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 sollten der NSDAP dann zwar nur eine knappe Mehrheit bringen. Doch demokratische Usancen und Gepflogenheiten verloren längst und rasant ihre Bedeutung.

Wer vom 20. Juli spricht, meint gemeinhin den 20. Juli 1944 – der Tag des fehlgeschlagenen Attentates auf Adolf Hitler. Doch auf den Tag genau 12 Jahre vorher, am 20. Juli 1932, ereignete sich mit dem „Preußenschlag“ – mit der Entmachtung der von SPD und Zentrum unter dem Ministerpräsidenten Otto Braun geführten preußischen Koalitionsregierung – ein regelrechter Staatsstreich. Mit einer Verordnung durch den Reichspräsidenten wegen angeblicher „bürgerkriegsartiger Zustände“ wurden die preußischen Minister ihrer Ämter enthoben, Reichskanzler Franz von Papen zum preußischen Staatskommissar eingesetzt („Papens Preußen-Putsch“) und

auch in den übrigen Ministerien übernahmen nun Staatskommissare die Führung. Am selben Tag verhängte Hindenburg den Ausnahmezustand über Preußen, so dass die vollziehende Gewalt an den Reichswehrminister Kurt von Schleicher fiel – der größte deutsche Bundesstaat (zwei Drittel der Gesamtfläche und drei Fünftel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches) wurde nun nicht mehr länger demokratisch regiert. „Wer Preußen hat, hat Deutschland!“ – dieses geflügelte Wort der Ultra-Rechten sollte sich schon ein halbes Jahr später als richtig erweisen.

Denn in ihren Grundzügen vom Kaiserreich von 1871 übernommen, überließ die bundesstaatliche Struktur der Weimarer Republik wesentliche Kompetenzen den Ländern und nicht den Reichsbehörden. Hierzu zählten die Bereiche der Innen- und Kulturpolitik und der Justiz. Daher bestand kein unmittelbarer Einfluss der jeweiligen Reichsregierung auf die Polizei, auf die allgemeine Verwaltung, auf das Bildungswesen und auf die Justiz. Der „Preußenschlag“ war nicht zuletzt aus diesem Grunde ein wohlgezielter Schlag gegen die bundesstaatliche Verfassung, gegen das föderative Prinzip und insofern eine Vorbereitung auf die spätere, aus heutiger Sicht fast mühelos wirkende „Gleichschaltung der Länder“. Übrigens auch das schon eine Vorbereitung auf die nicht zuletzt für den Krieg notwendige Zentralisierung.

10 | *Karl Dietrich Bracher, Die Krise Europas 1917 bis 1975, Frankfurt/Main/Berlin/Wien 1982, S. 122 ff.*

11 | *Detlev Peukert, Die Weimarer Republik – Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1987, S. 286/287.*

12 | *Vgl. hierzu Inge Marßolek / René Ott, Bremen im Dritten Reich, Bremen 1986, S. 103 bis 203.*

### 3. Tumulte und Razzien, „Machtübernahme“ und mehr: Bremen im März 1933

Die endgültige Entmachtung des zaudernden, vielleicht auch hilflosen letzten Bremer Senats (einer Mehrheitskoalition aus Bürgerlichen – Deutsche Staatspartei und Deutsche Volkspartei – und den Sozialdemokraten unter dem Vorsitz des parteilosen Senatspräsidenten und Bürgermeisters Dr. Martin Donandt) begann einen Tag nach der letzten freien Reichstagswahl vom 5. März 1933. Dabei waren noch die Reichstagswahlen vom November 1932 aus demokratischer Sicht durchaus hoffnungsvoll verlaufen und riefen bei den Parteien der Linken und der Mitte große Erleichterung hervor, vornehmlich bei der Bremer SPD: Die Nationalsozialisten schienen endlich geschlagen zu sein, ihr Zenit schien überschritten, sie hatten – besonders in Bremen – eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen. Man fand sich in der Auffassung bestätigt, die NSDAP habe ihren Höhenflug beendet und ihr Stimmenanteil beruhe doch nur auf vorübergehenden Stimmungen in der Bevölkerung. Selbst die die Nationalsozialisten angreifenden Artikel in der „Bremer Volkszeitung“ verloren nun an Schärfe und Intensität. Eine trügerische Ruhe breitete sich aus. Doch spätestens mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 sollte sich diese Ruhe als fataler Irrtum erweisen.

Wenige Tage nach dem Beginn der Kanzlerschaft Hitlers, am 4. Februar 1933, konnten die Bremer Kommunisten zwar noch einen großen Umzug durch Walle und eine gut besuchte Feier im Lokal „Casino“ auf den Häfen veranstalten, zum Gedenken an das Ende der Räterepublik 1919. Regelrechten Biss hatte die äußerste Linke nun aber nicht mehr: ein striktes Verbot des Senats, beim Ehrenmal auf dem Waller Friedhof einen Kranz niederzulegen, wurde ohne Diskussion befolgt. Aber dieser sehr öffentlichen Präsenz folgten in den folgenden Wochen immerhin noch etliche weitere kommunistische Veranstaltungen und Flugblattaktionen, sogar die „Arbeiter-Zeitung“ (seit dem 4. Februar 1933 waren die kommunistischen Zeitungen in den meisten Ländern verboten) erschien in Bremen weiter mit großen Schlagzeilen.<sup>13</sup> Erst am 25. Februar wurde das Erscheinen der Zeitung wegen einiger Artikel, in denen zu gewalttätigen Maßnahmen aufgefordert worden war, vom Senat verboten, zunächst befristet für sechs Tage, schließlich aber dauerhaft. Denn der Oberreichsanwalt hatte mit Hilfe des Bremer Amtsgerichts schon wenige Tage später die Druckmaschinen „sicherstellen lassen“, am 2. März schließlich wurde das Erscheinen der „Arbeiter-Zeitung“ aufgrund der berüchtigten „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ auf unbestimmte Zeit verboten. Eine Zeitlang verteilten die Parteimit-

<sup>13</sup> | Ein Beispiel aus der Bremer „Arbeiter-Zeitung“ v. 10. Febr. 1933: Unter einem großen Foto und der Schlagzeile „Polizeiaktion im Krummen Viertel“ hieß es: „So wurden vor dem Polizeiaufmarsch beim Krummen Viertel Funktionäre der KPD und der proletarischen Organisationen zur ‚Schutzhaft‘ abgeführt. Die revolvierbewaffneten Nazis wurden nicht verhaftet.“

glieder noch hektographierte Ausgaben ihrer Zeitung sowie andere Schriften. Große Versammlungen gab es nun nicht mehr, wohl aber noch kleinere, mehr oder minder geheime Zusammenkünfte, Kurierdienste und getarnte Briefwechsel. Die Polizei tat alles, um diese Aktivitäten auszuschalten, war jedoch nicht immer erfolgreich. Die NS-Kreisleitung beschwerte sich flugs beim Reichsinnenministerium in Berlin über „...die lasche Haltung des Senats, während die Polizei ihre Erfolge bei der Bekämpfung der Kommunisten übertrieb und der Senat einfach so tat, als ob es keine Veranlassung für ein Eingreifen des Reiches in Bremen gab.“<sup>14</sup> Denn der bremische Staat befand sich während dieser Zeit in einer äußerst schwierigen Situation: „Die Tatsache, dass sich in Bremen die NS-Bewegung nur zu einer Kraft zweiter Größe hatte entwickeln können und in der Hansestadt die letzte, nicht nur geschäftsführende republikanische Regierung eines deutschen Landes bestand, konnte sowohl zu falschen Hoffnungen verführen – nämlich dass man die Krise aussitzen könne – wie als besondere Bedrohung empfunden werden.“<sup>15</sup> Die Bremer Polizei legte die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ sehr streng aus, obwohl kaum jemand an die real bestehende Gefahr eines kommunistischen Aufstandes glaubte. Auf Weisung des Reichsinnenministeriums waren künftig sämtliche kommunistische Druckschriften und Versammlungen zu verbieten. Am 1. März kam es daher zu Durchsuchungen in den Bremer Geschäftsstellen der KPD, in der parteieigenen Druckerei und in den Wohnungen etlicher Funktionäre, umfangreiches Material wurde sichergestellt. Auch in den folgenden Tagen wurden weitere Funktionärswohnungen durchwühlt und in Hemelingen 17 „Zettelkleber“ festgenommen, der schwere Weg der KPD in die Illegalität hatte begonnen.

Die Bremer Sozialdemokraten hatten am Tag vor den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 noch mit einer großen Demonstration (mehr als 30.000 Menschen versammelten sich auf einem Spielplatz an der Nordstraße im Bremer Westen) die nun schon voraussehbare Entwicklung aufzuhalten versucht, doch – wie es sich in den nächsten Tagen zeigte – alles sollte vergebens sein. Schon am 3. März hatte Senator Wilhelm Klemann – notgedrungen – die Suspendierung zweier Feuerwehrleute bekannt gegeben, die zur KPD gezählt wurden. Und das war nur der Auftakt für eine ganze Serie von Entlassungen kommunistischer (später dann auch sozialdemokratischer) Beamter und Angestellter aus dem Öffentlichen Dienst.

Die Sozialdemokraten blieben zunächst einigermaßen unbehelligt, noch hatte die SPD ja auch drei Vertreter im immer noch amtierenden Senat. Am 2. Februar 1933

<sup>14</sup> | Vgl. Herbert Schwarzwälder, *Geschichte der Freien Hansestadt Bremen*, Bd. 4, Hamburg 1985, S. 25.

<sup>15</sup> | Inge Marßolek / René Ott, *Bremen im Dritten Reich*, Bremen 1986, S. 109.

fand eine große Mitgliederversammlung statt, auf der der Redakteur Alfred Faust wieder zum Bremer Reichstagskandidaten gekürt wurde. Nach einer gut besuchten Veranstaltung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 1. März 1933 in den „Centralhallen“ kam es dann zu einer wüsten Schlägerei mit tragischem Ausgang: Spätabends zogen die Teilnehmer der Reichsbanner-Versammlung über die Waller Heerstraße nach Hause. Vor dem Geschäft des Fahrradhändlers Otto Löblich, eines primitiven SS-Schlägers, kam es zu einer – zunächst nur lautstarken – Auseinandersetzung mit betrunkenen Nazis, in deren Verlauf aus der Pistole Löblichs mehrere Schüsse fielen: drei Reichsbannerleute wurde verletzt. Einer von ihnen, Johann Lücke, erlag am Tag darauf seinen schweren Verletzungen. Er war der erste Tote in Bremen seit der „Machtübernahme“. Löblichs ruchlose Tat blieb übrigens lange ungesühnt, erst 1952 konnte ihm der Prozess gemacht werden. Es wurde zwar schon unmittelbar nach der Tat ein Verfahren eingeleitet, doch schon wenige Wochen später – aufgrund einer Amnestieverordnung des Reichspräsidenten – ergebnislos wieder eingestellt. Und der brutale Fahrradhändler machte schnell Karriere: Er stieg zum Kommandanten des eilig in den Mißler-Auswandererhallen eingerichteten ersten Bremer Konzentrationslagers in Findorff auf. Denn Ausmaß und Plötzlichkeit der Verhaftungen übertrafen auch in Bremen das Fassungsvermögen der Gefängnisse. Wie vielerorts in Deutschland sogenannte „wilde Konzentrationslager“ in den ersten Wochen und Monaten nach der Machtübernahme entstanden, sah sich auch die Bremer Polizeileitung im März 1933 gezwungen, ein geeignetes Konzentrationslager für die zahlreichen Schutzhäftlinge zu suchen.<sup>16</sup> Und das erwies sich als dringend nötig: So wurden am Abend des 29. März 1933 in zwei Gefangenentransporten 84 Personen in das neu eingerichtete Lager gebracht. Drei Tage später folgten zwei weitere Transporte mit 64 Schutzhäftlingen aus den längst überfüllten Bremer Gefängnissen. Am 1. April kamen dann etwa zehn Neuzugänge, aus Bremerhaven schließlich weitere 20 Personen dazu. Ehemalige Betriebsräte, Vertrauensleute aus den Gewerkschaften, Redakteure der Arbeiterzeitungen, Mitglieder der KPD und der SPD, aber auch ehemalige Angehörige der NSDAP, der Polizei und diverser bürgerlicher Organisationen sollen in den Mißler-Hallen gefangen gehalten worden sein. Die Verwaltung und Betreuung übergab der Senat seinen Hilfspolizeinheiten. Die SS übernahm freudig die „Betreuung“ der Schutzhäftlinge im KZ Mißler, während die SA ab Mitte April 1933 das beschlagnahmte Parteihaus der KPD am Buntentorsteinweg erhielt und dort im sogenannten „Gosselhaus“ der Gestapo die schmutzige Arbeit der Folterungen abnahm. Die Bremer Polizei sah den politischen Tattaten von SS und SA meist ebenso taten- wie hilflos zu. Der NS-Polizeisenator Laue sah sich allerdings nach wenigen Wochen gezwungen, angesichts der zunehmenden Misshandlungen

<sup>16</sup> | Zur Geschichte des KZ Mißler vgl. Jörg Wollenberg, *Vom Auswandererlager zum KZ – das Bremer Konzentrationslager Mißler*, in: *Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens*, Bd. 5, Bremen 1982.

eingzugreifen. An die Stelle des SS-Sturmführers Löblich traten diverse Männer aus der SA, die künftig vom persönlichen Adjutanten Laues kontrolliert wurden.

Es ist nachgewiesen, dass die Bremer Kreisleitung der NSDAP bereits weit vor den März-Wahlen Kontakt mit dem Reichsinnenministerium Dr. Frick hatte, erklärtermaßen mit dem einzigen Ziel, den Bremer Senat zu stürzen. Immerhin war in Bremen zu diesem Zeitpunkt die letzte noch demokratisch gewählte Regierung eines deutschen Bundeslandes im Amt, ein Zustand, der den neuen Machthabern missfiel. De facto lag die Polizeigewalt zu diesem Zeitpunkt aber schon in den Händen der Reichsregierung, und nicht mehr wirklich in denen des Innensensors, die Apokalypse hatte auch in Bremen längst begonnen. Offiziell ging es in diesem erbittert geführten „Machtkampf“ um die Bannmeile um das Rathaus herum. Während die Bremer Nationalsozialisten darauf bestanden, endlich auch in der Bremer Innenstadt einen Fackelzug „zu Ehren des Herrn Reichspräsidenten und des Herrn Reichskanzlers“ zu veranstalten, beharrte der Senat auf einem Verbot aufgrund der ungünstigen geographischen Situation. Alternativ bot die Landesregierung das Gelände am Grünenkamp in der Neustadt an, worauf sich die gemäßigte NSDAP-Kreisleitung um Konsul Bernhard zunächst auch einließ. Doch dem für Bremen zuständigen Gauleiter Carl Röver, ein Oldenburger mit nur gering ausgeprägten Sympathien für die „Bremer Pfeffersäcke“ und weitaus radikaler als der feinsinnige Konsul, genügte das nicht. Er wandte sich flugs an das Reichsinnenministerium, um von dort Druck auf den Senat ausüben zu lassen. Die ohnehin angespannte Lage drohte zu eskalieren.

Schon Tage zuvor, nach dem Reichstagsbrand, hatte es einige Scharmützel um ein Verbot der sozialdemokratischen „Bremer Volkszeitung“ gegeben. Eine Sondersitzung des Senats fand zu diesem brisanten Thema statt, ohne dass man sich zu einer einhelligen Ablehnung der Forderungen aus Berlin durchringen konnte. Schließlich erließ der Senat ein befristetes Verbot der Zeitung für einige Tage.

Nun aber ging der ohnehin „ungleiche Kampf“ zwischen Berlin und Bremen in die zweite Runde. Am 1. März 1933 kam die unmissverständliche Forderung aus dem Reichsinnenministerium, die Bannmeile nun unverzüglich freizugeben, der Senat zögerte erneut. Schließlich gab der Senat nach, „ausnahmsweise“ durfte eine Rede Hitlers am 4. März 1933 über Lautsprecher auf den Domshof übertragen werden. Am selben Tag reiste Bürgermeister Donandt nach Berlin zu einem Gespräch mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Der versprach zwar halbherzig, sich für die Unabhängigkeit bremischer Entscheidungen einzusetzen, aber sein politischer Einfluss war schon zu diesem Zeitpunkt äußerst gering – ohne konkrete Ergebnisse kehrte Donandt nach Bremen zurück.

Am 4. März 1933, dem Tag vor den Reichstagswahlen, demonstrierten die Bremer Sozialdemokraten noch einmal ihre Stärke: 30.000 Menschen nahmen an einer Kundgebung der „Eisernen Front“ teil, auf der Alfred Faust sprach. Die Bremer Polizei nahm am selben Tag 40 kommunistische Funktionäre fest und brachte sie in das Gefängnis am Ostertor.

Am 5. März 1933 fanden dann die Neuwahlen zum Reichstag statt. Für die NSDAP übrigens mit enttäuschendem Ergebnis: Reichsweit kamen die Nationalsozialisten nur auf 43,9 %, selbst gemeinsam mit den Deutschnationalen errangen sie nur 51,9 %. Das entsprach nicht der angestrebten und für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit. In Bremen sah das Ergebnis für die NSDAP noch niederschmetternder aus; nur 32,3 % der Stimmen konnte die Partei hier erringen, die DNVP immerhin 14,4 % (zur Ergänzung: SPD: 30 %, KPD 13,5 %, DVP 5,7 %). Trotzdem lag es auf der Hand, dass die Nationalsozialisten nach diesem Wahlgang umgehend den Sturz des Senats, die Auflösung der Bürgerschaft und die „Gleichschaltung“ auch des letzten Bundeslandes betreiben würden.



Am 6. März 1933 gab es auf dem Marktplatz und dem Domshof größere Menschaufläufe, die nicht mehr zerstreut werden konnten – gleichzeitig versammelten sich SS- und SA-Einheiten, um den „Sturm auf das Rathaus“ vorzubereiten. Gegen 11 Uhr trafen im Dienstzimmer von Bürgermeister Donandt einige mehr oder minder aufgeregte Senatoren zusammen. Die sozialdemokratischen Senatoren – Wilhelm Kaisen, Wilhelm Klemann und Emil Sommer – waren grundsätzlich schon zu diesem Zeitpunkt zum Rücktritt bereit, wenn damit ein Vorwand zum gewaltsamen Sturz des Senats beseitigt werden konnte. Doch das schien dem inzwischen 81jährigen Donandt nicht opportun. Im Übrigen herrschte pure Ratlosigkeit, was zu tun sei, anders kann man es wohl aus der Rückbetrachtung nicht deuten.

Überlegungen, die „Bannmeile“ um das Rathaus von der aufgeputschten Menge räumen zu lassen, scheiterten an Einwürfen des Vorsitzenden der Polizeikommission, Oberst Caspari, der vor einem sinnlosen Blutvergießen warnte. Niemand weiß heute, ob die Polizei wirklich ge-

*Bürgermeister Donandt* schossen hätte. Der Bremer Historiker Herbert Schwarzwälder kommt zu dem meiner Meinung nach realistischen Schluss, dass sich die Polizisten wohl letztendlich geweigert hätten, auf ihre Mitbürger zu schießen.

Optisch hatten die Nazis gegen Mittag dieses ereignisreichen 6. März 1933 immerhin schon die äußerliche Macht am Bremer Regierungssitz an sich gerissen: Vor jubelnden Zuschauern dekorierten sie die Roland-Statue, dem Jahrhunderte alten Symbol für die Freiheiten der Stadt, mit einer Hakenkreuzfahne und hängten Hakenkreuzwimpel unter den Rathausarkaden auf.

Bürgermeister Donandt und Senator Hermann Apelt verhandelten dann mit dem Bremer NS-Kreisleiter Konsul Bernhard. Der forderte unmissverständlich den umgehenden Rücktritt der sozialdemokratischen Senatoren und die Aufnahme des NS-freundlichen Arbeitsamtsdirektors Dr. Richard Markert als NS-Polizeisenator in die Landesregierung. Donandt lehnte das, nicht zuletzt aus verfassungsrechtlichen Gründen, brüsk ab. Die NSDAP, höchst verärgert über diese unerwartete Weigerung, stellte am Nachmittag ein Ultimatum: Bis 20 Uhr sollten „die Sozis“ (wie es verächtlich in einem schriftlichen Vermerk der Kreisleitung heißt) „aus dem Senat verschwinden“, die Hakenkreuzflagge und die schwarz-weiß-rote Kaiserreichsflagge am Rathaus gehisst werden und Dr. Markert endlich zum Polizeisenator ernannt werden. Was sonst drohte, war wohl allen klar: Eine gewaltsame Machtübernahme unter Einsatz der vor dem Rathaus herumlagernden SS- und SA-Formationen.

Unter diesem ungeheuren Druck trat der Senat am Nachmittag zusammen. Aus der Rückschau betrachtet, wäre es sicher aufrichtiger gewesen, alle Forderungen insgesamt abzulehnen, doch der Senat versuchte, zu taktieren. Aus Berlin kamen fast unverhüllte Erpressungsversuche, und rechtsstaatliche Gepflogenheiten waren offensichtlich längst außer Kraft gesetzt, wie man dem Sitzungsprotokoll des Senats entnehmen kann. Aus dem Protokoll der Sondersitzung:

„Abwesend war niemand. Herr Präsident (Bürgermeister Donandt) ersuchte Herrn Staatsrat Dr. Völckers, die heute mittag eingegangene telephonische Mitteilung des Herrn Senator Nebelthau über seine Besprechung mit dem Staatssekretär Pfundtner und dem Reichsminister des Innern Dr. Frick zu verlesen. [...] „Auf den Fernspruch von Senator Apelt, betreffend Ansammlungen auf dem Domshof, wurde ich um 12 ¾ Uhr nach kurzem Warten von dem Staatssekretär Pfundtner empfangen. Über meine Besprechung mit ihm kann ich hinweggehen, weil ich schon nach einer knappen Viertelstunde von dem Minister Dr. Frick selbst empfangen wurde, der bereits nach mir gerufen hatte. Weder dem Staatssekretär noch dem Minister war etwas davon bekannt, dass zwei Abgeordnete der Gauleitung in Bremen nach Berlin unterwegs seien, um wegen des Verhaltens der in den Standquartieren versammelten SA- und Stahlhelm-Mannschaften Weisungen einzuholen. Dagegen teilte mir der Minister mit, dass der Konsul Bernhard soeben wegen der Unmöglichkeit vorstellig geworden sei, die SA-Mannschaften länger zurückzuhalten, wenn der Senat nicht unver-

züglichen Wechsel in der Polizeidirektion vornehme. Zwar gehöre Herr Senator von Spreckelsen der Deutschen Volkspartei an, aber in der Polizeikommission habe Herr Senator Klemann [SPD / Anm. des Verfassers] entscheidenden Einfluss, und das könne nicht länger geduldet werden. Vom Reiche könne eine einheitliche Politik nur getrieben werden, wenn in allen Ländern ausnahmslos die Polizei in den Händen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei sei. Er bitte mich, dem Senat seinen Vorschlag zu übermitteln, zum Leiter der Polizeidirektion den stellvertretenden Arbeitsamtsdirektor Dr. Richard Markert in den Senat zu berufen. Je eher der Senat sich dazu entschlief, je besser würde es für das Ansehen des Senats sein, weil, wenn sich der Senat weigern sollte, seinem Vorschlag zu entsprechen, er, der Minister, eben auf Grund der Verordnung vom 28. Februar 1933 vorgehen müsse. Desto eher werde auch die Ruhe und Ordnung wiederkehren, denn auch der Senat werde einsehen, dass nach einem Wahlerfolge wie dem gestrigen die siegreichen Wählermassen schleunigst einen Erfolg sehen wollten. Ich stellte dem Minister vor, dass in Bremen die Entwicklung im raschen Fluss sei, und dass sie sicher binnen kürzester Zeit zu einer Lösung führen werde. Umsoweniger sei es angebracht, in den Gang der Ereignisse einzugreifen und ich warnte ihn davor, den Erfolg des gestrigen Tages durch eine Ungerechtigkeit zu verdunkeln. Der Minister blieb aber dabei, dass es politisch unbedingt notwendig sei, die Polizei in allen Ländern in dieselbe Hand zu legen, und dass man verstehen müsse, dass die Wählermassen jetzt auf unverzügliche Entscheidung drängen. Auf meine Bitte, er möge mäßigend auf die Gauleitung in Bremen einwirken, erwiderte er, er habe bereits den Konsul Bernhard vor Unbesonnenheiten gewarnt und er empfehle dem Senat, sich durch eine geeignete Persönlichkeit, am besten durch Bürgermeister Donandt, mit diesem Manne (Dr. Markert), den er als einen Ehrenmann kennengelernt habe, in Verbindung zu setzen. Übrigens werde Bremen nicht allein betroffen, sondern dasselbe Verlangen werde an alle Länder gestellt werden. Herr Präsident (Bürgermeister Donandt) bemerkte dazu, dass er heute Mittag von dem Konsul Bernhard angerufen worden sei mit der Bitte, ihm Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben. Über das Ergebnis dieser Besprechung, die daraufhin zum Teil in Gegenwart des Herrn Senator Apelt stattgefunden habe, sei im Wesentlichen Folgendes zu berichten: Der Konsul Bernhard habe gefordert, dass sofort etwas geschehe, da er sonst die SA- und SS-Leute in ihren Standquartieren nicht länger zurückhalten könne. Seine Forderungen seien dahin gegangen, dass die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sofort zurücktreten sollten, und dass die Leitung der Polizeidirektion sofort einem Nationalsozialisten übertragen werde. Ein Name sei dabei noch nicht genannt worden. Konsul Bernhard habe auch verlangt, dass der nationalsozialistische Leiter der Polizeidirektion Sitz und Stimme im Senat erhalte. Daraufhin sei jedoch dem Konsul Bernhard erwidert worden, dass es nicht in der Macht des Senats liege, einem solchen Leiter der Polizeidirektion Sitz und Stimme im Senat einzuräumen. [...] Am Nachmittag sei dann Konsul Bernhard erneut in Begleitung des

stellvertretenden Direktors des Arbeitsamtes Dr. Markert erschienen. Dabei sei das Verlangen nach Auflösung der Bürgerschaft gestellt und außerdem gefordert worden, auf dem Rathause unverzüglich die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzflagge zu setzen. Zur Erfüllung der nationalsozialistischen Forderungen hätte der Konsul Bernhard schließlich dem Senat eine Frist bis heute Abend 8 Uhr gesetzt. Es handle sich jetzt nach seiner (des Herrn Präsidenten) Ansicht einmal um die Flaggenfrage und sodann darum, ob der Senat im ganzen, oder ob seine sozialdemokratischen Mitglieder allein zurücktreten sollten. Die Ernennung eines nationalsozialistischen Polizeichefs könne selbstverständlich schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Betracht kommen. Der Senat beschränkte die Verhandlungen zunächst auf die Flaggenfrage und beschloss gegen die Stimmen der Senatoren Kaisen, Klemann und Sommer, auf dem Rathaus die schwarz-weiß-rote Flagge zu setzen, dagegen das Verlangen, auch die Hakenkreuzflagge zu hissen, abzulehnen. Zu der Frage des Rücktritts des Senats oder seiner sozialdemokratischen Mitglieder äußerte sich Herr Bürgermeister Spitta dahin, dass es erwünscht sei, dass der Senat als Einheit zurücktrete. [...] Zweifelhaft sei es aber, ob die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für einen solchen Gesamtrücktritt gegeben seien. [...] Herr Präsident (Bürgermeister Donandt) führte aus, dass man die nationalsozialistischen Unterhändler möglicherweise mit der Erklärung zufrieden stellen könne, dass der Senat unter dem Druck der gegenwärtigen Lage seinen Rücktritt ins Auge gefasst habe und dass er die Bürgerschaft bitten werde, diese Rücktrittserklärung zu genehmigen. Ob allerdings im Falle eines solchen Rücktritts die Pensionsansprüche der ausscheidenden Senatoren gesichert seien, bleibe zweifelhaft. Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung erklärten die Herren Senatoren Kaisen, Klemann und Sommer, dass sie bereits seien, zurückzutreten, weil sie in dem Beschluss des Senats über das Setzen der schwarz-weiß-roten Flagge auf dem Rathaus das Symbol einer Änderung der vom Senat bisher verfolgten Politik erblicken, und weil sie diesen Beschluss nicht mit ihrer Verantwortung decken zu können glauben. [...] Inzwischen hatte Herr Staatsrat Dr. Völckers ein in der Stadt verbreitetes Extrablatt der Bremer Nationalsozialistischen Zeitung dem Senat vorgelegt, in dem mitgeteilt wird, dass um 8 Uhr die Übernahme der Macht durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei statfinde und die Bevölkerung aufgefordert wird, in Massen auf dem Markt und Domshof zu erscheinen. Die Sitzung wurde daraufhin erneut unterbrochen, da Herr Präsident, Herr Bürgermeister Spitta und Herr Senator Apelt zu erneuten Verhandlungen mit dem Vertretern der NSDAP, unter denen sich auch der Oldenburgische Ministerpräsident Röver in seiner Eigenschaft als Gauleiter der NSDAP befand, sich aus dem Sitzungszimmer entfernten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte Herr Präsident noch mit, dass soeben eine telephonische Nachricht von dem Reichsminister des Innern eingegangen sei, wonach der stellvertretende Direktor des Arbeitsamtes Dr. Markert zum Kommissar des Reichs für die polizeiliche Exekutive in Bremen ernannt sei und dass damit auch die Frage, ob der morgige Leichenzug für

den erschossenen Reichsbannermann Lücke polizeilich zu genehmigen sei oder nicht zu der Zuständigkeit des Reichskommissars gehöre.“<sup>17</sup>

Da diskutierte man also die eigentlich eher unbedeutende Flaggenfrage, rang sich schließlich um 17.45 Uhr durch, die schwarz-weiß-rote Flagge (nicht jedoch die NS-Parteiflagge) zu hissen – was dann die sozialdemokratischen Senatoren zum Anlass für ihren Rücktritt nahmen.<sup>18</sup> Damit war gleichzeitig eine Forderung der Nazis weitestgehend erfüllt, aber noch fehlte die Ernennung des NS-Polizeisenators Markert. Das lehnten auch die verbliebenen bürgerlichen Senatoren aus Verfassungsgründen ab. Sie wollten es nun der Bürgerschaft überlassen, eine Neuwahl des Senats zu veranlassen, danach wären auch sie zum Rücktritt bereit.

Daraufhin beschlossen die Nazis, die über die Vorgänge auf der Senatssitzung offenbar stets bestens unterrichtet waren, den schleppenden Vorgang, dessen Ausgang zu diesem Zeitpunkt wohl ohnehin jedem klar war, ein wenig zu beschleunigen: Am

Abend kam ein Extrablatt der „Bremer Nationalsozialistischen Zeitung“ heraus, mit der irreführenden Schlagzeile: „Der Senat tritt zurück! Machtübernahme der NSDAP. Bremer, erscheint in Massen vor dem Rathaus!“ Nicht wirklich wahr, aber ausgesprochen publikumswirksam.

In dieser aufgeheizten, vielleicht auch ziemlich unübersichtlichen Situation erschien nun auch noch, wie schon im Protokoll nachzulesen ist, der für Bremen zuständige Oldenburger Gauleiter und Ministerpräsident Carl Röver im Rathaus. Den eher rustikalen Oldenburger interessierten feingeistige verfassungsrechtliche Bedenken nun wirklich nicht. Er machte kurzen Prozess: Aus Berlin ließ er „wegen befürchteter Unruhen“ Dr. Markert telefonisch (später telegraphisch bestätigt) zum Polizeisenator ernennen. Damit war praktisch der Senat entmachtet, wirklich eigenständige Entscheidungen der bremischen Regierung nicht mehr länger möglich. Grotesk geradezu – diese Bemerkung sei an dieser Stelle gestattet – dass die Unruhen, die die Nazis so vehement provoziert hatten, nun ausgerechnet von einem



Richard  
Markert

<sup>17</sup> | *StAB Bremen, Bestand 3/3: Senatsprotokolle von 1933, Bd. 1, S. 225 – 232. Vgl. hierzu auch die ausführliche Quellenedition zur Sondersitzung des Senats: Dieter Fricke / Heide Wicklein, StAB Bremen, März 1987.*

<sup>18</sup> | *Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1933, S. 51*

NS-Senator bekämpft werden sollten. Doch allen Wirrnissen zum Trotz: Der verbliebene Rumpfsenat machte noch ein paar Tage unverdrossen weiter. Die Bremer Nationalsozialisten ließen die Senatoren denn auch widerwillig gewähren, sie wollten unbedingt jeden Anschein von Illegalität bei der Absetzung des Senats vermeiden.

Am 10. März trat dann schließlich in der Börse die Bürgerschaft zusammen, um die legislativen Voraussetzungen für die NS-Machtübernahme in Bremen zu schaffen. Eine Sitzung unter unglaublichen Bedingungen übrigens: In den Korridoren drängten sich zahlreiche uniformierte Nazis, einige kommunistische Abgeordnete fehlten bereits, da sie schon verhaftet worden waren. (Das Sitzungsprotokoll vermerkte süffisant: „Fehlt entschuldigt“). Konsul Bernhard, der Fraktionsvorsitzende der NSDAP, beantragte die Auflösung der Bürgerschaft und gab sich dabei betont staatstragend: „Die vollkommene politische Umstellung im Reiche, die Lösung von den bisherigen, zum Teil marxistischen Methoden, hat es im Reich nötig gemacht, dass überall die Auflösung von Körperschaften stattgefunden hat, um die neuen Körperschaften der heutigen Stimmung des deutschen Volkes so gut wie möglich anzupassen. Dass auch die Bremische Bürgerschaft schon längst nicht mehr der heutigen Stimmung der bremischen Bevölkerung entspricht, dürfte wohl außer Zweifel sein. Ich denke, das Resultat der Reichstagswahl und die Ereignisse der letzten Tage in Bremen hätten zur Genüge den Beweis erbracht, dass diese Voraussetzung sich nunmehr auf den allergrößten Teil der bremischen Bevölkerung ausgewirkt hat. Das ganze deutsche Volk bekennt sich zu einem neuen starken Fühlen und Wollen. Auch das Ausland, mit dem so viel gerade in unseren Hansestädten gearbeitet wird, wird sicherlich mit einem starken, nationalgesinnten, stolzen und selbstbewussten Bremen viel lieber und freudiger wieder neue Verbindungen anknüpfen. Die Befürchtungen, die in vielen Kreisen geltend gemacht worden sind, müssen, glaube ich, allmählich verstummen, wenn man sieht, wie sich die Verhältnisse zum Auslande nach der Besitzergreifung der Macht durch die nationale Konzentration entwickelt haben. Wir haben leider den Beweis bekommen, dass viele Kreise, die es angeblich mit der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volk gut meinten, verbrecherisch mit der Stimmung des Auslands gespielt haben. Wir sind fest überzeugt, dass wir das nicht mehr zu befürchten brauchen, was uns eine damals marxistisch beeinflusste Presse vom Auslande zugeflüstert hat. Ein glühender nationaler Wille wird alle wertvollen, nationalen Kräfte nicht nur im deutschen Vaterlande, sondern auch in Bremen zusammenfassen müssen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte ausdrücklich heute in dem Augenblick, in dem nicht nur das Inland, sondern auch das Ausland auf uns blickt, keine Gelegenheit geben, den Ruf und das Ansehen Bremens in irgendeiner Weise durch eine Polemik zu schädigen oder in Gefahr zu bringen. Erlassen Sie es mir deshalb, dass ich über die Gründe, die zur Auflösung der Bürgerschaft führen, irgend etwas sage. Ich hoffe, dass alle diejenigen unter uns, die bisher jahrelang stets die Worte im Munde geführt haben, dass ihnen das Wohl

und Wehe und das Ansehen Bremens über alles ginge, auf demselben Standpunkt stehen wie ich, dass sie der Umwelt kein trauriges Schauspiel bieten und dass die Bürgerschaft, um die schönen Worte zu gebrauchen, ‚würdig zu sterben‘ in der Lage ist.“<sup>19</sup>

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Emil Theil stimmte mit den SPD-Abgeordneten notgedrungen dafür, hoffte aber auf demokratische Neuwahlen: „Wie in der Vergangenheit, so sind sich die bremische Sozialdemokratie und ihre Bürgerschaftsfraktion ihrer großen Verantwortung vor Volk und Staat auch in der Gegenwart bewusst. Sie waren und sind stets bemüht, die Interessen der großen Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit denen des Staates und der Wirtschaft in Einklang zu bringen, soziale Missstände und Ungerechtigkeiten zu bekämpfen und auszugleichen, das Leben und die Gesundheit der Volksangehörigen zu schützen und zu pflegen. [...] Entschiedene Verwahrung legt die sozialdemokratische Fraktion gegen den Eingriff des Reiches in die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Bremens ein. Hier waren Ruhe und Ordnung gewährleistet. Die Einsetzung eines Reichskommissars für die Polizei lässt sich deshalb weder aus den tatsächlichen Verhältnissen noch aus der Reichsverfassung rechtfertigen. Durch diesen Kommissar werden die verfassungsmäßigen Grundlagen des bremischen Staatswesens stark gefährdet. Seine schnellstmögliche Beseitigung und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände ist das nächste Ziel sozialdemokratischer Politik. Um das zu erreichen, stimmt die sozialdemokratische Fraktion dem Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft zu. Dabei erwartet die sozialdemokratische Fraktion, dass nach der Neuwahl der Bürgerschaft sofort die Wahl eines der Bürgerschaft wieder voll verantwortlichen Senats vorgenommen wird. [...] Die sozialdemokratische Fraktion bedauert, dass dem Welthafenplatz Bremen die Ereignisse der letzten Tage nicht erspart geblieben sind. Sein Ansehen ist dadurch weder im Inlande noch im Auslande gestärkt worden. Niemals diene brutale Gewalt dem Fortschritt. Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz alledem! Und wenn wir dem Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft unsere Zustimmung geben, dann wiederhole oder unterstreiche ich, treibt uns, die Sozialdemokraten, die Verfemten, die Marxisten nur die Sorge um Bremen und seine Bevölkerung. Wir sind der Meinung, dass die jetzt geübte Art von Desperadopolitik ein Ende finden muss. Wir sind der Meinung, dass Bremen verfassungsmäßig regiert werden muss. Jetzt ist bei Übelwollen, betone ich ausdrücklich, der Willkür auch in Bremen Tür und Tor geöffnet und wir meinen deshalb, gleichgültig, wie der künftige Senat zusammengesetzt ist: Der Senat muss seine Handlungsfreiheit zurückgewinnen, muss wieder verantwortlich werden in der Bürgerschaft. [...] Die Bürgerschaft ersucht den Senat dringend, seinerseits alles zu tun, dass den für die neue Bürgerschaft kandidierenden Parteien und Personen die Werbemöglichkeiten unter den Wählern gesichert werden. Insbesondere sind die Pressefreiheit, das Verteilen von

19 | *Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1933*, S. 129.

Flugblättern und Wahlzeitungen sowie die Versammlungsfreiheit zu gewährleisten. Nur bei strengster Beachtung dieser Voraussetzungen wird die neue Bürgerschaft den politischen Willen der bremischen Bevölkerung klar zum Ausdruck bringen.“<sup>20</sup>

Doch diese Sitzung hatte mit normaler parlamentarischer Arbeit nur noch wenig zu tun. Theils Forderung, dass die Bürgerschaft den Rumpfsenat auffordern solle, bei den anstehenden Neuwahlen freie Wahl-Propaganda zuzusichern, zeugte schon von der Befürchtung, dass die Nazis massiv in die verfassungsmäßigen Rechte eingreifen würden. Dem Antrag stimmten alle Abgeordneten des Hohen Hauses zu, die der NSDAP wohl eher feixend, ahnten sie doch, dass der längst machtlose „Senat auf Abruf“ auf derartige Details kaum noch Einfluss haben würde.

Als einer der wenigen anwesenden KPD-Abgeordneten Hermann Prüser an das Rednerpult schritt, veranstalteten die NSDAP-Abgeordneten regelrechte Tumulte. Und Prüser nahm kein Blatt vor den Mund: „Wenn heute die Bürgerschaft tagt, so tagt die Bürgerschaft in einer Situation, in der in Deutschland der weiße Terror aufgerichtet ist, wo kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter von SS und SA viehisch gemordet werden. In dieser entscheidenden Situation stellen wir fest, dass die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion heute den Staatsstreich der Reichsregierung dadurch deckt, dass sie ihre Zustimmung zur Auflösung des bremischen Parlamentes gibt. In dieser Situation, wo der weiße Terror regiert, erkläre ich von unserem Standpunkt als Kommunisten, als klassenbewusste Arbeiter, dass wir der Auflösung der Bremischen Bürgerschaft unsere Zustimmung nicht geben; nicht aus dem Grunde, weil wir diesem Parlament unsere Zustimmung geben, nicht, weil wir den alten Koalitionssenat unterstützen, sondern wir betrachten unsere Nichtzustimmung als eine Handlung, die sich richtet gegen den Staatskommissar und gegen den faschistischen Staatsstreich.“<sup>21</sup>

Doch alles Debattieren nützte nichts mehr: Schließlich stimmten alle Parteien mit Ausnahme der KPD einer Auflösung des Bremer Parlaments zu. Die KPD-Abgeordneten (zumindest die, die sich noch in Freiheit befanden und an dieser Sitzung teilnehmen konnten) verließen danach unverzüglich das Hohe Haus, sie ahnten wohl, dass ihre Immunität als Parlamentarier sich sehr schnell als brüchig erweisen würde.

Eine letzte mutige und eindrucksvolle Rede hielt an diesem Tag der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei (DVP), Prof. Dr. Carl Dietz, in Richtung der

20 | *Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1933*, S. 129 – 132.

21 | *Ebda.*, S. 132.

NSDAP-Abgeordnete: „Zwar stimme auch ich der Bürgerschaftsauflösung zu, aber ich kritisiere auf das Schärfste die Einsetzung eines Reichskommissars für das Polizeiwesen. In Bremen waren Ruhe und Ordnung gar nicht gefährdet, es sei denn, von Ihnen, meine Herren! Ich kann daher nur sagen, dass die Einsetzung eines Kommissars des Reiches nicht gerechtfertigt war, und dass ich hoffe, dass der Senat die Schritte ergriffen hat, die auch andere Regierungen, die in ähnlicher Weise bedacht worden sind, ergriffen haben, um zu protestieren.“<sup>22</sup>

Die bürgerlich-liberalen Abgeordnete und die Sozialdemokraten klatschten bei dieser Rede frenetisch Beifall, die Vertreter der NSDAP protestierten wütend, tobten und vollführten einen ungeheuren Lärm! Und sie rächten sich wenige Tage später: Sang- und klanglos musste Dietz an einem Montagmorgen wenige Minuten nach Dienstantritt seinen Direktorensessel an der Oberrealschule an der Dechanatstraße räumen. Dietz wurde auf diese Weise eines der ersten politischen Opfer der neuen Machthaber. Am 15. März 1933 kamen die Abgeordnete ein allerletztes Mal zusammen, um die Parlamentsauflösung endgültig zu vollziehen.

Schon am 6. März hatte der Senat nach mancherlei Scharmützeln und Winkelzügen dem Druck aus Berlin kaum noch standgehalten, am 18. März warf auch der formal noch amtierende Rumpfsenat das Handtuch. Nicht mehr frei gewählte, sondern aus Berlin ernannte Reichs- und Unterkommissare traten kurz darauf an die Stelle der Senatoren. Am 10. März hatte noch einmal die Bürgerschaft getagt. In einer Mitteilung des Senats vom 7. März 1933 heißt es dazu abschließend: „Der Senat hält es angesichts der durch die Neuwahl zum Reichstag, durch den Rücktritt dreier Senatoren und durch die Anordnung des Reichsministers des Innern in Sachen der Polizeiverwaltung geschaffenen Lage für geboten, dass unverzüglich entschieden wird, ob durch Annahme des der Bürgerschaft vorliegenden Antrages die Bürgerschaft aufgelöst werden soll. Dies ist nach Überzeugung des Senats die richtige Lösung. Der Senat hält es daher für erforderlich, dass die Bürgerschaft noch im Laufe dieser Woche zusammentritt.“<sup>23</sup> Und so kam es dann auch. Am 15. März 1933 trat die Bürgerschaft ein allerletztes Mal zusammen und löste sich nach kurzer Sitzung endgültig auf. Aber viele Kommunisten und einige Sozialdemokraten konnten an dieser Sitzung gar nicht mehr teilnehmen, wie die ungewöhnlich lange Abwesenheitsliste belegt. Für viele, lange Jahre wurde das Kapitel „Demokratisch-parlamentarische Volksvertretung“ in der Hansestadt Bremen Geschichte.

22 | *Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1933*, S. 133.

23 | *Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1933*, S. 49 – 59.

Die große Abrechnung begann.

Bald folgte Schlag auf Schlag: Am 24. März trat das „Ermächtigungsgesetz“ in Kraft, das die Gesetzgebung allein durch die Berliner Regierung ermöglichte, im Verlauf des Juni/Juli lösten sich die Parteien – außer der NSDAP natürlich – resigniert auf, und mit Erlass vom 14. Juli wurde ihre Neugründung von den Nazis hellsichtig verboten. Innerhalb kürzester Zeit war aus einem demokratisch verfassten Staat eine Diktatur geworden.

Wie erging es den letzten frei gewählten Bremer Parlamentariern unter dem Nazi-Regime? Was wurde aus Kommunisten und Sozialdemokraten? Wie erging es Liberalen und oppositionellen Konservativen? Was geschah mit den übrigen Abgeordneten jeglicher politischer Couleur? Ihre vielschichtigen Lebenswege in der Zeit von 1933 bis 1945 sollen im Folgenden untersucht und dokumentiert werden. Kein leichtes Unterfangen und nur mit dem Mut zur Lücke zu bewerkstelligen, aber ein wichtiger Beitrag zur Geschichte des Bremer Parlamentarismus.

Die letzten Wahlen zur Bremischen Bürgerschaft hatten am 30. November 1930 stattgefunden – die eigentlich für Anfang April 1933 vorgesehenen Neuwahlen fanden nach den politischen Umwälzungen nun nicht mehr statt. Gesetzliche Grundlage für die Auflösung des Parlaments war das „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 31. März 1933.

Stärkste Fraktion wurde 1930 – und so blieb es auch bis 1933 – die SPD mit 40 (darunter sechs Frauen) Abgeordneten, gefolgt von der NSDAP (32 Abgeordnete), Deutsche Volkspartei (15 Abgeordnete, darunter eine Frau) und der KPD (zwölf Abgeordnete, davon zwei Frauen), DNVP (sechs Abgeordnete und drei Hospitanten, darunter zwei Frauen), Deutsche Staatspartei (fünf Abgeordnete und zwei Hospitanten vom Zentrum, darunter eine Frau), schließlich der Verein Bremischer Haus- und Grundbesitzer (fünf Abgeordnete). 120 Abgeordnete gab es also damals im Hohen Haus insgesamt, darunter waren insgesamt zwölf Frauen.

Das Beispiel Dietz hatte ich bereits kurz erwähnt. Er verlor seinen Arbeitsplatz – angesichts des Mordens und Folterns, des Denunzierens, Verhaftens und Drangsalierens, das in den folgenden zwölf Jahren in Deutschland alltäglich wurde, vielleicht noch ein relativ harmloser Fall. Ein ähnliches Beispiel findet sich im Lebensweg des SPD-Abgeordneten Max Jahn: Der hochrangige Beamte in der Arbeitsvermittlung wurde kurz nach der Machtübernahme aus seinem verantwortungsvollen Amt entfernt und zur Schutzpolizei dienstverpflichtet. Oder der damalige SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und spätere Bürgerschaftspräsident August Hagedorn: Ihm blieb



zwar eine politische Verfolgung durch die Nationalsozialisten erspart, aber auch ihn traf rasch die berufliche und persönliche Diffamierung: Der gelernte Kaufmann und damalige AOK-Direktor wurde ebenfalls aus seinem Amt entlassen und schlug sich dann mühselig als Buchrevisor und Helfer in Steuersachen durch die Jahre des Dritten Reiches. Hagedorn ließ sich allerdings in seinen Überzeugungen nicht beirren: „Ich habe früh erkannt und immer danach gehandelt, dass die sozialen Unterschiede, die ja nicht gottgewollte sind, von Menschen geschaffen werden und daher auch nur von Menschen geändert werden können.“<sup>24</sup>

Drei typische Beispiele für die Rachsucht und die Skrupellosigkeit der Nazis. Der Fall Dietz noch dazu ein Beispiel für die soziale Deklassierung eines verdienten und hochgebildeten Mannes, dem nicht wegen seiner politischen Überzeugungen, sondern nur wegen einer einzigen ehrlichen und mutigen Rede die wirtschaftliche Grundlage entzogen wurde. Dieser völlig nutzlose soziale Tod steht stellvertretend für viele andere in Bremen und in Deutschland. Vielleicht sind es drei unbedeutende Schicksale angesichts des Unrechts um sie herum, aber unbedingt geben sie Zeugnis von den perfiden Methoden der neuen Machthaber, wenn es darum ging, ihre Gegner, wo immer sie sie sahen, auszuschalten.

Während die bürgerlichen Liberalen rasch resignierten oder aber sich mit den neuen Machthabern notgedrungen arrangierten, herrschte bei den führenden Sozialdemokraten – wie bei vielen anderen Skeptikern und Gegnern – zunächst noch verhaltener Optimismus, dass der „Nazi-Spuk“ bald vorüber gehen werde, zumal ja bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 das Bremer NSDAP-Ergebnis nicht eben berauschend gewesen war. Doch dieser Optimismus verflüchtigte sich rasch, als am 25. März 1933 der ehemalige Senator Wilhelm Klemann festgenommen wurde. Er wurde erst zwei Monate später aus der Haft entlassen mit der Auflage, unverzüglich die Stadt zu verlassen. Doch seien wir realistisch: Bei der Bremer SPD – wie auch bei den meisten anderen Parteien – hatte spätestens Mitte März 1933 der Zerfallsprozess eingesetzt. Schon im April wurde in den ehemaligen Mißler-Auswandererhallen ein provisorisches Konzentrationslager eingerichtet, in dem nach einer SA- und SS-Razzia im Volkshaus viele Gewerkschafter und Sozialdemokraten – unter ihnen der ehemalige SPD-Senator Emil Sommer – sowie etliche Kommunisten einsitzen mussten. Schwerste körperliche Arbeit und erste Misshandlungen gehörten hier zum bedrückenden Haftalltag. Ebenso saß hier der prominente Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordnete Alfred Faust ein. Der Terror gegen die politischen Gegner nahm im Laufe des Aprils 1933 rapide zu und richtete sich zunehmend gegen die SPD. Am 12. Mai 1933 wurde schließlich der gesamte SPD-Landesvorstand ver-

<sup>24</sup> | *Bremer Bürgerzeitung vom 27. Juli 1968*

haftet, Wilhelm Kaisen, Josef Böhm, Hermann Mesters und Max Ethe kamen in Schutzhaft.

Betrachten wir hier einmal etwas ausführlicher - und stellvertretend für viele andere Regimegegner - den Lebensweg des damaligen Senators und späteren Bremer Bürgermeisters Wilhelm Kaisen in dieser Zeit: Angesichts der bedrohlichen Entwicklung und der wiederholten Ankündigungen der Nationalsozialisten, jeglichen Widerstand gegen die von ihnen beanspruchten umfassenden Herrschaftsbefugnisse rückhaltlos zu brechen, erscheint Kaisens zunächst gefasste Überlegung, den Erhalt seiner Partei durch demonstrative politische Zurückhaltung sichern zu wollen, mit unserem heutigen Wissen fast wie eine naive Selbsttäuschung. Doch in der damaligen Situation waren solchen Gedanken sicher weit verbreitet und wohl einfach der oft zitierte Strohalm, an den man sich unter dem Eindruck der wachsenden Ungewissheit über die politische und persönliche Zukunft klammerte. Kaisen kehrte nach seinem Ausscheiden aus dem Senat zunächst wieder in die Redaktion der sozialdemokratischen „Bremer Volkszeitung“ zurück. Doch das endgültige Verbot der Zeitung folgte bald und Wilhelm Kaisen sah nun einer völlig ungewissen Zukunft entgegen: Denn damit war nicht nur seine berufliche Laufbahn als Journalist abrupt beendet, sondern ihm selbst und seiner Familie wurde die materielle Grundlage entzogen. Das traf ihn vielleicht sogar härter als die politische Niederlage der SPD, die er ja damals noch nicht als endgültig betrachtete.

Eine letzte, ausgesprochen handgreifliche Lektion über die schwer wiegenden Konsequenzen, die die nationalsozialistische Machtübernahme für ihn persönlich sowie für seine politische Tätigkeit und die sich abzeichnenden Verhältnisse des „Dritten Reiches“ insgesamt hatte, erhielt er schließlich, als er selbst am 12. Mai 1933 – wie schon eingangs erwähnt – zusammen mit den übrigen Bremer SPD-Vorstandsmitgliedern verhaftet wurde. Als hätten die Sozialdemokraten es bereits geahnt, hatte sich der SPD-Vorstand wenige Tage zuvor an die Mitglieder gewandt: Anlass dazu war eine dringende Aufforderung des neuen Polizei-Senators Theodor Laue, Namen und Adressen aller Parteimitglieder zu nennen. Der Vorstand versicherte den Mitgliedern, dass er sich „zu solch einer schandbaren Handlung nicht hergeben“ werde, wie Josef Böhm beruhigend verkündete. Wohlweislich hatte man längst alle Listen und Unterlagen vernichtet, was der Vorstand auch selbstbewusst dem düpierten Senator mitteilte. Dieser soll vor Wut geschäumt haben!

Anders als seine beiden Vorstandskollegen Max Ethe und Josef Böhm und vieler anderer Mitglieder der SPD, die statt ins Gefängnis gleich ins KZ gebracht und erst im Herbst des Jahres wieder freigelassen wurden, kam Wilhelm Kaisen noch ausgesprochen glimpflich davon: Nach wenigen Wochen wurde er bereits wieder aus dem

Bremer Untersuchungsgefängnis entlassen. Beim Lesen seiner Lebenserinnerungen<sup>25</sup> – „Meine Arbeit, mein Leben“ – spürt man, wie tief ihn diese erste unmittelbare Inhaftierung verunsichert und getroffen hatte. Allein die Festnahme und die Einlieferung in das Gefängnis wirkten für ihn als einen durch und durch rechtschaffenen Menschen wie ein Schock, zumal er nun endgültig erkennen musste, dass seine Hoffnung, durch gesetzeskonformes Verhalten den Fortbestand der SPD sicherstellen zu können, nichts als eine Illusion war. Belastend hinzu kam, dass seine Frau Helene als Reaktion auf seine Verhaftung schwer erkrankte. Ungewissheit und Sorgen waren nun allgegenwärtig. Kaisen selbst hat seine Haftzeit als einen „entscheidenden Wendepunkt“ in seinem Leben beschrieben. Denn er begriff in seiner Zelle wohl endgültig, dass der „Nazi-Spuk“ nicht so rasch vorübergehen würde. Was die Haft bei vielen auszulösen vermochte, belegt eindrucksvoll der Brief Josef Böhms vom 16. März 1933 aus dem Gefängnis Ostertorwache an seine Familie: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht! Was mich selbst betrifft, so macht Euch keine unnützen Sorgen. Als Mensch, der schon seit frühester Jugend auf sich selbst gestellt war, Wanderschaft, Krieg und Gefangenschaft mitgemacht hat, bedarf es keine große Überwindung, mich in dem einzufügen, was die Zeit und Verhältnisse uns aufzwingen. Was mich trifft, trifft uns ja alle zusammen aus der Arbeiterbewegung, weil wir uns erlaubt haben, für die Bessergestaltung des Loses der Arbeitnehmer den gesetzlich zulässigen Kampf zu führen. So wenig, wie ich einen dunklen Fleck in meiner Tätigkeit gefunden habe, dessen ich mich zu schämen brauche, so wenig braucht Ihr Euch zu schämen.“

Dieses Schreiben zeugt von einer immens großen Fähigkeit zu trösten, ebenso wie von der Würde und dem Selbstverständnis eines Mannes und seinem unerschütterlichen Glauben an seine politischen Überzeugungen, ein beeindruckendes Dokument.

Von der Hafterfahrung emotional gezeichnet, von Regime-freundlichen Nachbarn in der Findorffer Tübinger Straße misstrauisch beobachtet und angesichts der Schikanen, denen der älteste Sohn Niels nach der Verhaftung des Vaters in der Schule ausgesetzt war, erinnerte Kaisen sich – nachdem er den Gedanken an eine Emigration ins Ausland schnell wieder verworfen hatte – schließlich an ein engagiertes Projekt, das er selbst noch in seiner Zeit als Wohlfahrtsenator vorangebracht hatte: ein staatlich gefördertes landwirtschaftliches Siedlungsprojekt in Bremen-Borgfeld. Mit Mühe gelang es ihm im Sommer 1933 die letzte freie Siedlerstelle zu erwerben – nicht unbedingt zur Freude seiner Familie, die den Umzug „auf's Land“ in ein unbequemes kleines Häuschen ohne Strom und fließendes Wasser zunächst als regelrechten

sozialen Abstieg, als kulturelle Deklassierung empfand. Für Kaisen aber war die abgelegene Lage ideal, zwei Kilometer von der Ortsmitte Borgfelds entfernt und nur über einen unbefestigten Feldweg zu erreichen. Dieser Umzug war ein regelrechtes „inneres Exil“ für den ehemaligen Senator, ein Exil mitten in Deutschland. Nur eines von vielen.

Bereits nach seiner Haftentlassung hatte er alle Parteikontakte abgebrochen, um sich und seine Familie nicht erneut in Gefahr zu bringen. Von Untergrundparteiarbeit hielt der Realpolitiker erklärtermaßen nichts. Nur noch hin und wieder kam er mit seinen Parteigenossen zusammen, selten traute er sich in die Stadt – und wenn, dann stets mit dem Fahrrad, nie mit der Straßenbahn, um nicht erkannt zu werden. Briefkontakt bestand von Zeit zu Zeit mit dem ehemaligen preußischen Innenminister Carl Severing, dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe und natürlich mit dem ehemaligen Abgeordneten Alfred Faust, der inzwischen im Auftrag Ludwig Roselius' als schlecht bezahlter Verlagsvertreter durch Deutschland reiste (und dem die Nazis weit übler mitgespielt hatten als Kaisen). Auch Helene Kaisen beschränkte ihren Verkehr mit den ehemaligen Parteifreunden sehr, nur wenige der alten Weggefährten kamen gelegentlich zum Gemüsekauf auf die entlegene Siedlerstelle.

Kaisen entwickelte sich dann notgedrungen zu einem umsichtigen Siedler und Landwirt, der das Dritte Reich in der ländlichen Abgeschlossenheit weitgehend unbehelligt überstand. 1935 kam es zu einer einzelnen Vernehmung durch die Gestapo, 1942 fiel der damals 23jährige Sohn Niels in Rußland.

Im Juli 1944 jedoch, nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler, sorgte die „Aktion Gewitter“ dafür, dass alle ehemaligen Reichstags- und Landtagsabgeordneten aus SPD und KPD und viele Gewerkschaftler erneut ins Visier der Gestapo gerieten. Auch Wilhelm Kaisen wurde am 27. Juli 1944 verhaftet und nach Bremen gebracht, jedoch schon abends wieder entlassen, da man ihm keinerlei Beteiligung und keine Verbindung zum Kreis der Attentäter nachweisen konnte und vielleicht auch, weil einer seiner Söhne im Felde gefallen war. Das Kriegsende erlebte er in Bremen-Borgfeld, kurz danach begann seine politische Karriere zum zweiten Mal als Bremer Bürgermeister.

Anderen erging es ähnlich: Allein von den 40 Abgeordneten der SPD lassen sich für zehn längere KZ-Aufenthalte nachweisen: So saß Josef Böhm, der gleich nach der Machtübernahme der Nazis so hellsichtig die Mitgliederkarthothek mit den Namen seiner Genossen vernichtet hatte und dadurch einen Rachefeldzug der Nazis gegen die Parteimitglieder verhindern konnte, bald in Haft. Am 12. Mai 1933 wurde er in der Ostertorwache und im KZ Mißler inhaftiert (Schutzhaft ohne Nennung von

<sup>25</sup> | Wilhelm Kaisen, *Meine Arbeit, mein Leben*, München 1967. Vgl. auch: Karl-Ludwig Sommer, *Wilhelm Kaisen – eine politische Biographie*, Bonn 2000.

Gründen) und erst im November 1933 – nach monatelangen „Umerziehungsmaßnahmen“ – wieder entlassen. Die schon damals sehr populäre Sozial- und Frauenpolitikerin Anna Stiegler arbeitete unbeirrt im Untergrund, hielt Kontakte zu Genossen, schrieb für die kleine Untergrundzeitung „Blätter zur Zeit“ (und verteilte sie auch noch beherzt) und büßte dafür ebenfalls unter der Überschrift „Hochverrat“. Mehrjährige Strafen im Zuchthaus Lübeck und im KZ Ravensbrück waren ihr hartes Los. Emil Theil, der ehemalige Fraktionsvorsitzende, verbrachte etliche Jahre in Haft, zunächst im KZ Mißler, dann zehn Monate im Gefängnis Oslebshausen, danach drei Jahre im KZ Sachsenhausen und schließlich, 1944, noch einige Monate im KZ Farge. Auch die ehemaligen SPD-Senatoren Klemann und Sommer mussten gleich nach dem Machtwechsel die berüchtigte „Schutzhaft“ über sich ergehen lassen. Emil Sommer, an den heute noch der imposante Bau des „Volkshauses“ erinnert, wurde dabei von der NS-Führung der unhaltbare Vorwurf „finanzieller Vorteilsnahme im Amt“ gemacht. Die Anklage wurde schließlich fallengelassen, aber erst, nachdem Sommer vier Monate quälender Haft hinter sich gebracht hatte. Auch dies nur ein Unrecht von vielen. Und diese Liste lässt sich fast endlos fortsetzen.



*Der frühere KPD-Abgeordnete Heinrich Landwehr (rechts) 1964 unter dem Roland. Politisch trat er nach dem Krieg nicht mehr in Erscheinung.*

## 4. Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft 1933

Die Untersuchung erfolgte aufgrund des Verzeichnisses der Mitglieder der Bürgerschaft / des Wahlergebnisses vom 30. November 1930. Diese Verzeichnisse, entnommen den Bürgerschaftsprotokollen, sind wahrscheinlich nicht vollständig, es fehlen zum Teil die Namen der während der Wahlperioden nachgerückten Abgeordneten. Nach einer umfangreichen Liste der 1930 in die Bürgerschaft gewählten Abgeordneten (auf einen Abdruck der Namen der NSDAP-Abgeordneten wurde hier bewusst verzichtet) folgen die Biographien der verfolgten Abgeordneten. Die unterschiedliche Länge der Artikel stellen keinesfalls eine Wertung oder unterschiedliche Bedeutung der Lebenswege dar, sondern ergibt sich zwangsläufig aus der vorhandenen und gesichteten Literatur und den Archivalien. Zu den einzelnen Biographien sind jeweils die wichtigsten zugänglichen Quellen angeführt.

---

### Kommunistische Partei Deutschlands / KPD-Fraktion

Fritz Becker  
Oskar Eichentopf  
Luise Eildermann  
Joseph Hirsch  
Heinrich Landwehr  
Käte Popall (geb. Fürst, gesch. Lübeck)  
Hermann Prüser  
August Raschen  
Karl Schweiger  
Emil Stöhr  
Paul Taube (Fraktionsvorsitzender)  
Walter Werner (Bremerhaven)

---

### Sozialdemokratische Partei Deutschlands / SPD-Fraktion

Adolf Bechthold  
Hermine Berthold  
Heinrich Blanke  
Josef Böhm

Erich Caspar  
Ferdinand Dahms  
August Deppe  
Oskar Drees  
Heinrich Eckermanns (Bremerhaven)  
Max Ethe  
Alfred Faust  
Burchard Fritsch  
Richard Goldstein  
Albert Götze  
August Grupe  
Robert Günther  
August Hagedorn  
Heinrich Hartmann  
Arthur Haupt  
Friedrich Henke  
Gerhard van Heukelum (Bremerhaven)  
Max Jahn  
Clara Jungmittag  
Johann Ludewig  
Helene Margarin (Bremerhaven)  
Hermann Mester  
Bernhard Heinrich Meyer  
Charlotte Niehaus  
Franz Noch  
Johann Osterloh  
Christian Paulmann  
Wilhelm Schmidt  
Willy Schramm  
Hermann Schulze  
Oskar Schulze  
Emil Spindler  
Franz Starker  
Anna Stiegler  
Emil Theil (Fraktionsvorsitzender)  
Georg Waldeck

---

### **Deutsche Volkspartei / DVP-Fraktion**

Heinrich Andresen  
Diedrich Bockhoop (Bremerhaven)  
Prof. Dr. Carl Dietz (Fraktionsvorsitzender)  
Constantin Frick  
Dr. Hugo Gebert  
Dr. Otto Hillebrecht  
Carsten Karkmeyer  
Wilhelm Kellner  
Dr. Verena Rodewald  
Dr. Detmar Stahlknecht  
Adalbert Steiner  
Arthur Ulrich  
Carl Wuppesahl

---

### **Deutsche Staatspartei / DStP-Fraktion**

Waldemar Becké (Bremerhaven)  
Dr. Kurt Dronke  
Guste Schepp-Merkel  
Richard Traeger  
Hermann Wenhold (Vorsitzender)

Hospitanten:  
Dr. Carl Hertel  
Dr. Hermann Lange (Zentrumspartei)

---

### **Verein Bremischer Haus- und Grundbesitzer**

Dr. Wilhelm Aschauer  
Johann Blume  
Heinrich Mues  
Heinrich Müller  
August Wilhelm Schucht (Vorsitzender)

---

### **Deutschnationale Volkspartei / DNVP-Fraktion**

Cecilie Brickenstein  
Johann Depken  
Otto Flohr  
Prof. Dr. Friedrich Kirstein  
Erich Vagts  
Gerjet Poppinga (Bremerhaven)

Hospitanten:  
Dr. Adalbert Parizot  
Emma Wieting (Reichspartei des Dt. Mittelstandes / Wirtschaftspartei)  
Rudolf Schwöbmann (Konservative Volkspartei)

---

### **Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei / NSDAP-Fraktion**

32 Abgeordnete

## 5. Die Verfolgten – Biographische Skizzen

### Oskar Eichentopf (KPD)

Geb. am 26. Oktober 1889 in Jena, gest. am 8.4.1968 in Bremen. Nach der Volksschule absolvierte Eichentopf eine Lehre als Dreher, die er 1908 mit der Gesellenprüfung abschloss. Im Ersten Weltkrieg diente er als Marinesoldat. Nach dem Krieg kehrte er nach Bremen zurück und arbeitete wieder als Dreher bei den Bremer Atlas-Werken. Eichentopf war Mitglied der KPD, engagierte sich in der Roten Hilfe und im Roten Sportbund. 1930 wurde er als Abgeordneter in die Bremische Bürgerschaft gewählt.

Schon am 5. März 1933 wurde er für mehrere Wochen in Schutz- und Untersuchungshaft genommen. Ein Leben in der Illegalität folgte. Wenn Eichentopf nicht im Gefängnis war, lebte er in notdürftigen Unterkünften, mühsam unterstützt von Freunden und alten Parteigenossen. An ein reguläres Arbeitsleben, an die Pflege sozialer Kontakte war für Jahre nicht zu denken. Aus einer Beurteilung des Amtes für Wiedergutmachung vom 13. Februar 1958: „Der Antragsteller, der als aktiver kommunistischer Funktionär für die illegale KPD tätig war, konnte keiner geregelten Arbeit nachgehen, da er dann sofort von der Gestapo verhaftet worden wäre und lebte durch die Hilfe und Unterstützung Gleichgesinnter. Er musste oft seinen Aufenthalt wechseln und die Nächte überwiegend in Parzellenbuden verbringen. Seinen Lebensunterhalt fristete er durch Betteln oder durch Unterstützung von Bekannten.“ Und das Amt kam schließlich zu dem Schluss, dass dieses „Leben nicht nur illegal war, sondern dass Eichentopf stets Angst vor Entdeckung haben musste, dass es zu körperlichen und seelischen Beeinträchtigungen führte und das man dieses Leben nur als menschenunwürdig bezeichnen konnte.“

Mehrere Haftzeiten sind verzeichnet: So konnten die Bremer Nachrichten am 22. Juni 1933 triumphierend vermelden: „Guter Fang der Geheimen Staatspolizei / Die Polizeidirektion teilt mit: Am Mittwoch Vormittag gelang es der Geheimen Staatspolizei, das ehemalige kommunistische Bürgerschaftsmitglied Oskar Eichentopf festzunehmen. Eichentopf war bereits seit Anfang März flüchtig und hielt sich in der Umgebung Bremens verborgen. Durch die polizeilichen Ermittlungen wurde festgestellt, dass Eichentopf vor einigen Wochen wieder führende Funktionen in der illegalen Bezirksleitung der KPD übernommen hatte. Die kommunistische Zersetzungsarbeit in den letzten Tagen, die scharfe polizeiliche Maßnahmen erforderlich machte, ist besonders auf seine Tätigkeit zurückzuführen. Bei seiner Festnahme war Eichentopf im Besitz von Ausweispapieren, die auf einen anderen Namen lauteten. Hochverräterische Schriften, die er zu verbergen suchte, konnten ebenfalls bei ihm beschlagnahmt werden. Weitere Verhaftungen werden folgen.“

Von Oktober 1933 bis Januar 1935 saß Eichentopf als politischer Gefangener im Hamburger Gefängnis Fuhlsbüttel, erst neun Monate nach seiner Festnahme hatte der Prozess wegen der Vorbereitung zum Hochverrat begonnen. Vom 1. September 1939 bis zum 9. September 1939 war er im Gefängnis Bremen-Oslebshausen, von dort wurde er ins KZ Oranienburg verlegt. Im August 1944 wurde er erneut festgenommen und ins Arbeitslager Bremen-Farge gebracht. Eichentopfs Haft- und Leidenszeit endete erst im April 1945.

Nach der Befreiung war Oskar Eichentopf ein schwerkranker und gebrochener Mann. Die Folterungen, Misshandlungen und Inhaftierungen hatten zu einer Gehirnerschütterung geführt, ein Nierenleiden, Herz- und Lungenkrankheiten begleiteten ihn bis ans Lebensende. Politisch war er nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr aktiv.

Quelle: StaB Bestand 4,54 E-1 / Oskar Eichentopf

### Josef Hirsch (KPD)

Geb. am 5. Februar 1881 in Egweil in Bayern. Der gelernte Bierbrauer kam nach den Wanderjahren nach Bremen. Er war angestellt bei der Union-Brauerei, wo sich der aktive KPD-Funktionär seit etwa 1920 im Betriebsrat engagierte. 1930 wurde er in die Bremische Bürgerschaft gewählt. Über Josef Hirschs politischen und privaten Werdegang ist nur wenig bekannt. In den Akten finden sich aber einige Unterlagen des 1910 geborenen Sohnes, ebenfalls mit Namen Josef Hirsch, die einige Rückschlüsse auf das proletarische Selbstverständnis und den Kampfgeist, der wohl in der durchaus zeittypischen Familie Hirsch herrschte, zulässt: „Schon während der Schulzeit gehörte ich einer kommunistischen Kindergruppe an, mit 14 Jahren wurde ich Mitglied der kommunistischen Jugend und der Metallarbeiterjugend, in beiden Organisationen war ich bis 1933 immer als Funktionär tätig. Ich war nach der Machtergreifung an der Wegschaffung des Inventars der KPD und der Arbeiterzeitung beteiligt. Aufgrund dessen wurde ich verhaftet und der S.A. zur Vernehmung übergeben. Dort wurde ich von einem Haufen S.A.-Leute den ganzen Tag gefoltert und geprügelt, ohne den Verbleib des Inventars zu verraten. Von dort wurde ich nach Mißler gebracht und später entlassen, weil man mir nichts nachweisen konnte. Meine Arbeit durfte ich nicht wieder aufnehmen und war dadurch lange arbeitslos.“

In Josef Hirsch Seniors Akte beim Bremer Wiedergutmachungsamt findet sich immerhin eine aufschlussreiche Erklärung eines seiner Arbeitskollegen, Georg Mühlmeister: „Im Jahre 1933, kurz nach der Machtübernahme, wurde Hirsch von drei Ge-

stapo-Beamten aus dem Betrieb der Union-Brauerei verhaftet. Nach der Verhaftung von Hirsch gab ich meine Funktion als zweiter Betriebsratsvorsitzender auf. Mir ist bekannt, dass nach unserer Aufgabe des Betriebsrates die drei Kollegen Löhmann, Esser und Wappler dort die Funktion des Betriebsrates übernommen haben. Nach der Verhaftung des Hirsch wurde von den drei Genannten eine Sammlungsliste heringereicht, um Hirsch bzw. seiner Frau eine Unterstützung zukommen zu lassen. 1929 kam es mal zu einem Streik. Während dieser Zeit wurden in der Union-Brauerei sogenannte Streikbrecher beschäftigt. Zu diesen gehörte auch einer namens Knüppel. Nach Beendigung dieses Streiks musste Knüppel den Betrieb fluchtartig verlassen. Nach der Machtübernahme wurde Knüppel wieder bei uns beschäftigt (Knüppel war nämlich Mitglied der NSDAP). Knüppel hatte von unserer Sammlungsliste Kenntnis erhalten und meldete dieses der DAF (Deutsche Arbeitsfront). Daraufhin wurden die drei Genannten sofort entlassen. Eine Beschwerde bei der DAF wurde mit folgenden Worten beantwortet: ‚Wenn ihr nicht schweigt, dann geht ihr dahin, wo der Hirsch sitzt!‘“

Über das Leben Josef Hirschs nach dem Zweiten Weltkrieg ist nichts bekannt.

Quelle: StaB 4,54 E 394 / Josef Hirsch

---

### Heinrich Landwehr (KPD)

Geb. am 24. Juli 1908 in Bremen. Der gelernte Buchdrucker war ab 1927 Mitglied der KPD und von 1925 bis 1933 im Buchdruckerverband aktiv. 1930 wurde er in die Bremische Bürgerschaft gewählt. Seinen politischen Werdegang beschrieb er 1946 ausführlich in einem Antrag an das Bremer Amt für Wiedergutmachung: „Nach meiner Schulentlassung war ich von 1923 bis 1927 politisch in der Sozialistischen Arbeiterjugend und in der Gewerkschaftsjugend in Bremen tätig. Am 1. Mai 1927 trat ich zum Kommunistischen Jugendverband über. Bis 1931 war ich in der Bezirksleitung der KPD und 1930 bis 1931 Bezirksleiter des Kommunistischen Jugendverbandes für NW-Deutschland. 1930 wurde ich Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft. Gleich nach Hitlers Machtergreifung emigrierte ich und war ein Jahr in der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau tätig, 1934 leitete ich die illegale Arbeit der K.J.V. im Rhein-/Ruhrgebiet und hielt auch enge Verbindungen nach Holland und Frankreich. 1935 leitete ich die illegale Arbeit der K.J.V. in Bayern, Schlesien und teilweise Prag von Berlin aus. 1936 wurde schließlich ein Untersuchungsverfahren der KPD gegen mich durchgeführt und ich bekam eine Rüge und musste zur landwirtschaftlichen Maschinenfabrik in Rostov am Don, wo ich als Dreher arbeitete. Hier wurde ich 1937 von der NKWD verhaftet (Trotzkist und deutscher Spion). Im

Dezember 1939 wurde ich, nach Abschluss des Freundschaftspaktes zwischen Hitler und Stalin, an Deutschland ausgeliefert. Ab 1940 stand ich in Bremen unter Gestapo-Aufsicht. Da die Gestapo von meiner illegalen Tätigkeit in Deutschland nichts wusste und annahm, ich sei die ganze Zeit in Russland gewesen, wurde ich nicht verhaftet. Seit 1945 bin ich Mitglied der SPD.“

Jegliche Hafterschaft blieb ihm zwar durch die frühe Emigration erspart, aber auch Heinrich Landwehr hat nach dem Krieg offensichtlich resigniert. Politisch trat er nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr in Erscheinung, über seinen weiteren privaten Lebensweg gibt es keine weiterführenden Erkenntnisse.

Quelle: StaB 4,54 E 3709 / Heinrich Landwehr

---

### Käthe Popall, geb. Fürst, gesch. Lübeck (KPD)

Geb. am 15. Februar 1907 in Bremen, gest. am 23. Mai 1984 in Bremen. Schon früh kam die Tochter eines „Tippelbruders“ aus Österreich, die in einfachsten Verhältnissen aufwuchs, mit der Gewerkschaftsjugend und dem kommunistischen Jugendverband in Berührung. Käthe Fürst wurde 1922 Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend und der SPD, 1927 wechselte sie zur KPD. Sie absolvierte eine Lehre im Konsumverein „Vorwärts“ und arbeitete nach dem Lehrabschluss dort als Angestellte, bis sie 1929 während der Wirtschaftskrise in die Arbeitslosigkeit entlassen wurde. Ein beruflicher Wiedereinstieg gelang ihr mit einer Anstellung bei der Bremer Jute-Spinnerei. 1930 wurde sie in die Bremische Bürgerschaft gewählt als Mitglied der KPD-Fraktion.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten tauchte sie zunächst in Moskau, später in Berlin unter. Aus einem Schreiben von Käthe Popall an das Amt für Wiedergutmachung aus dem Jahre 1954: „Die Verbindung zur Widerstandsbewegung fand ich schnell und reihte mich dort aktiv ein. Von Berlin musste ich nach Frankfurt und dann nach Mannheim übersiedeln und als mir auch dort Gefahr drohte, wieder nach Berlin fahren. Hier arbeitete ich dann bis zu meiner Verhaftung. Die räumlichen und finanziellen Schwierigkeiten des Widerstandskampfes ergaben für alle ein Leben voller persönlicher Entbehrungen und Opfer. Aufgrund der Ausweitung der Naziorganisationen bis in den kleinsten Wohnblock hinein gab es kein Quartier, in dem man sich wirklich sicher fühlen konnte. Der Hunger war mein ständiger Begleiter und machte mir manchmal mehr zu schaffen, als später die Haft. Durch die Verhaftungen rissen oft die Verbindungen zu anderen und es wurde ein Zustand geschaffen, der mich völlig alleinstehen ließ.“

1935 wurde sie von der Gestapo gefasst und nach langer Untersuchungshaft 1937 vom Volksgerichtshof in Berlin zu 12 Jahren Haft verurteilt. Die Haftjahre verbrachte sie bis 1940 im Frauenzuchthaus Lübeck-Lauerhof – dort begann ihre langjährige Freundschaft mit der Sozialdemokratin Hermine Berthold – später in den Zuchthäusern und Lagern von Jauer (dort saß sie mehrere Monate in Einzelhaft), Grünberg und Schweidnitz. Das Kriegsende erlebte sie im Zuchthaus Waldheim bei Leipzig, die schon beschlossene Erschießung aller dort einsitzenden Gefangenen fand nicht mehr statt, sie konnte von der das Gefängnis befreienden Roten Armee verhindert werden. Schon 1935 hatte sich ihr erster Ehemann Hans Lübeck von ihr scheiden lassen.

Nach der Haftentlassung kehrte sie, zu Fuß aus Leipzig kommend, nach Bremen zurück und nahm sofort wieder ihre politische Arbeit in der „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ auf. Gemeinsam mit anderen ehemaligen Gefangenen organisierte sie Vorträge und Veranstaltungen. Im selben Jahr heiratete sie erneut: den KPD-Mann Reinhold Popall, den sie auf dem mühsamen Fußmarsch nach Bremen kennengelernt hatte. Im April 1946 wurde sie Mitglied der ernannten Bürgerschaft und hielt dort am 18. Juni 1946 ihre erste Rede: „Fragen der sittlichen und körperlichen Gefährdung der weiblichen Jugend“, eine Rede, für die sie viel Respekt in allen Fraktionen erntete. Am 13. Oktober 1946 wurde sie regulär in die Bürgerschaft gewählt. Käthe Popall wurde Vizepräsidentin des Parlaments und erste Senatorin der bremischen Geschichte. Sie übernahm hier zunächst das Gesundheitsressort, später das Wohlfahrtswesen mit dem Flüchtlingsamt und dem Amt für Wiedergutmachung. Im Gesundheitsressort, für das sie keinerlei praktische Erfahrungen mitbrachte, scheiterte sie nicht zuletzt, weil sich große Teile der Bremer Ärzteschaft, allen voran die Bremer Ärztekammer, vehement weigerten, mit „einer Frau, die noch dazu Kommunistin“ war, zusammenzuarbeiten. Mit führenden Bremer Sozialdemokratinnen und einigen Frauen aus dem bürgerlichen Lager gründete sie den „Bremer Frauenausschuss“. Ihr lag nun viel daran, dass die Arbeiterbewegung nicht wieder, wie in der Weimarer Zeit geschehen, gespalten werden konnte. 1948 schied sie resigniert aus dem Senat aus, blieb aber bis 1959 Abgeordnete.

Mit der zunehmenden Stalinisierung der KPD tat sie sich schwer: Als ihr Mann aus der Partei ausgeschlossen wurde und die Parteiführung ihr daraufhin nahe legte, sich von ihm zu trennen, weigerte sie sich. 1956 resignierte sie endgültig und trat aus der KPD aus. Sie verließ 1960 mit ihrem Mann die Hansestadt und lebte zurückgezogen im Saarland. Erst 1984 kehrte die inzwischen Verwitwete nach Bremen zurück, wo sie kurz darauf einer schweren Krankheit erlag.

*Quellen: StaB 9, S 3 / Käthe Popall; StaB 4,54 E 393 / Käthe Popall; Renate Meyer-Braun (Hrsg.), Frauen ins Parlament! Bremen 1991*

## Hermann Prüser (KPD)

Geb. am 9. Juni 1903 in Bremen. Der Maschinenschlosser absolvierte seine Lehre von 1917 bis 1921 bei den Bremer Atlas-Werken, danach arbeitete er bei den Firmen Siemens-Schuckart, den Eisenbahnwerkstätten in Sebaldsbrück und auf der Werft AG Weser. 1917 bis 1933 war er Mitglied der KPD. Von 1923 bis 1933 war er im Deutschen Metallarbeiterverband und der Gewerkschaftsjugend sowie in der Roten Hilfe aktiv. Hermann Prüser beschrieb selbst seinen Werdegang: „1917 trat ich dem Bildungsverein jugendlicher Arbeiter bei, der sich dann zur freien sozialistischen Jugend entwickelte, woraus der kommunistische Jugendverband hervorging, dessen Mitglied und Funktionär ich ab 1923 war. 1926 trat ich der KPD bei, deren Funktionär ich bis zum Verbot und meiner Inhaftnahme war. Von 1929 bis 1933 war ich Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Von 1919 bis 1933 war ich gewerkschaftlich organisiert im Deutschen Metallarbeiterverband. 1933 wurde ich von der Geheimen Staatspolizei ins Konzentrationslager Mißler und später nach Ochtumsand überführt. Wurde Weihnachten entlassen und im Jahre 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat wieder von der Gestapo verhaftet und unter Anklage gestellt.“

Vom Januar 1930 bis zum Verbot im Februar 1933 wurde Prüser von der KPD zum Unterbezirkssekretär der KPD in Vegesack ernannt. Schon im Februar 1933 lebte Hermann Prüser nicht mehr mit seiner Familie zusammen, sondern versteckte sich bei einer befreundeten Familie: Carl Fahrenburg im Bremer Schriefersweg. Sonst hätte er seine letzte Rede vor der Bremischen Bürgerschaft am 10. März 1933 wohl auch nicht mehr halten können, während der es zu Tumulten durch die Nationalsozialisten kam und nach der Prüser den Saal unauffällig verließ. In einer eidesstattlichen Erklärung vom Oktober 1966 bescheinigte Carl Fahrenburgs die heimliche Unterbringung Prüsers in seiner Wohnung, der sich dort bis zum Juni 1933 verstecken konnte. Dann wurde er von der Gestapo aufgegriffen und am 24. Juni 1933 ins Gefängnis am Ostertor gebracht, bis zum 24. Dezember harrete er dort in Schutzhaft aus.

Nach der Entlassung aus der Haft war Prüser bis April 1935 arbeitslos. Im Mai 1935 erfolgte dann eine erneute Festnahme, Anklage: Vorbereitung zum Hochverrat. Prüsers illegale Aktivitäten waren von einem ehemaligen Arbeitskollegen bei den Behörden denunziert worden: Er selbst schrieb selbstbewusst nach dem Kriege: „Während der zwölf Jahre Naziherrschaft habe ich illegale antifaschistische Tätigkeit ausgeübt, vor allen Dingen auf der AG Weser, wo ich von 1935 bis 1945 tätig war.“

Von Mai bis November 1935 wurde er im KZ Mißler und in der Ostertorwache festgehalten, ein angekündigter Prozess fand nicht statt. Nach der Haftentlassung konnte Prüser immerhin an seinem Arbeitsplatz auf der Werft zurückkehren, weitere Fest-



nahmen sind nicht verzeichnet. 1944 wurde er ausgebombt und verlor sein gesamtes Hab und Gut.

Quelle: StaB 4,54 E 349 / Hermann Prüser

### August Raschen (KPD)

Geb. am 17. April 1891 in Bremen, gest. am 23. Juli 1967 in Bremen. Der gelernte Schiffsmontagenieter war seit 1909 im Fabrikarbeitsverband aktiv, 1919 trat er in die KPD ein. In seiner Akte beim Bremer Wiedergutmachungsamt befindet sich ein kurzer, aber selbstbewusst formulierter handschriftlicher Lebenslauf: „Ich, August Raschen, bin seit meinem 17. Lebensjahre gewerkschaftlich organisiert. Der politischen Arbeiterbewegung gehöre ich seit 1914 an und bin als gewerkschaftlicher Funktionär tätig. [...] Auf der AG ‚Weser‘ habe ich mit den gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokraten und den parteilosen Genossen den Widersand gegen die Nazi-Direktion im Betrieb gegen die Kriegstreibermethoden organisiert.“

Und dieses Selbstbewusstsein sollte sich rächen: Die Gestapo inhaftierte ihn vom 3. März 1933 bis 29. Oktober 1933 in den Konzentrationslagern Mißler und Ochtum und dann noch einmal im Zuge der „Aktion Gewitter“ vom 20. August 1944 bis 26. Oktober 1944 im Arbeitserziehungslager Farge. Agitation, Sabotage und Propaganda wurde ihm vorgeworfen, häufig kam es zu Hausdurchsuchungen. Nach der Haftentlassung im Herbst 1933 war Raschen zunächst arbeitslos und musste sich mit Gelegenheitsarbeiten „durchschlagen“, bekam aber Mitte April 1934 endlich wieder Arbeit auf der AG Weser. Diese Berufstätigkeit musste er jedoch schon nach wenigen Wochen auf Anordnung der Gestapo wieder aufgeben, die keine ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre in Großbetrieben dulden mochte. Die Sperre wurde erst Anfang November 1936 aufgehoben, wohl nicht zuletzt aufgrund des immensen Arbeitskräftebedarfs für die Rüstungsindustrie.

Nach Kriegsende war August Raschen nicht mehr politisch tätig.

Quelle: StaB 4,54 E 719 / August Raschen

### Karl Schweiger (KPD)

Geb. am 21. Februar 1901 in Bremen, gest. am 24. Dezember 1971 in Bremen. Der Sohn einer politisch aktiven Hafendarbeiterfamilie absolvierte eine vierjährige Lehre als Schiffbauer und war dann bei der Bremer Lagerhausgesellschaft beschäftigt. Schon als Kind in einer kommunistischen Kindergruppe aktiv, kam Schweiger früh mit sozialistischen Ideen in Berührung und engagierte sich dann in diversen Jugendgruppen der KPD. 21jährig trat er der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiter-Hilfe bei, im selben Jahr, 1922, wurde er Mitglied im Transportarbeitsverband. Der engagierte Gewerkschaftler wurde schließlich 1926 Mitglied der KPD.



Nach der Machtübernahme wurde Schweiger immer wieder wegen Agitation und Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Fast die gesamten Jahre des Dritten Reiches verbrachte er in Haft: Vom 12. März 1933 bis Oktober 1933 im KZ Mißler, dann wurde er im Sommer 1934 im Gefängnis am Ostertor inhaftiert und wenige Tage nach der Entlassung noch einmal in Gestapohaft ins Polizeihaus gebracht. Von 1938 bis 1942 saß Schweiger im KZ Sachsenhausen und von 1942 bis zur endgültigen Entlassung am 22. Mai 1945 im KZ Flossenbürg.

Insgesamt zehn Jahre und elf Monate Haft unter schwersten Bedingungen und einhergehend mit häufigen Misshandlungen verzeichnet Karl Schweigers Ausweis der Hilfsstelle für KL-Entlassene. In der langen Haftzeit zog er sich ein schweres Nervenleiden und eine Herzkrankheit zu, der Verlust des linken Gehörs und dreier Backenzähne sind ebenfalls verzeichnet.

In seiner umfangreichen Akte beim Bremer Wiedergutmachungsamt findet sich folgender handgeschriebener Bericht, der von der Brutalität der Nazis Zeugnis gibt: „Im Lager Mißler Bremen mussten alle Häftlinge mit dem eigenen Zeug Sport auf den rauhen Bürgersteigplatten ausführen. Bei der Einlieferung ins Lager Brual-Rhede wurde ich, wohl weil ich bereits im Lager Mißler war, auf dem Sportplatz, der im Moor lag und ziemlich unter Wasser stand, wieder im eigenen Zeug zum Sport gezwungen. Ich wurde dabei mit einem Pistolenkolben geschlagen und verlor dabei drei Backenzähne.“

Nach dem Krieg arbeitete Schweiger als Büroangestellter beim Bremer Wohnungsamt. Seine Akten verzeichnen einen langen Leidensweg durch Sanatorien und Kur-

kliniken. Karl Schweiger blieb bis zu seinem Tode ein schwerkranker, gebrochener Mann.

Quelle: StaB 4,54 E-98 / Karl Schweiger

---

### **Emil Stöhr (KPD)**

Geb. am 29. September 1887 in Möhringen/Baden, gest. am 10. Oktober 1966 in Bremen. Stöhr erlernte das Klempnerhandwerk. Nach einer vierjährigen Lehre führten ihn die Gesellenjahre auf Wanderschaft durch Süd- Mittel- und Norddeutschland. 1907 kam er nach Bremen und trat hier im selben Jahre dem Deutschen Metallarbeiterverband bei und blieb Mitglied bis 1928.

Er war Kriegsteilnehmer von 1914 bis 1918. Schon im Jahre 1897 war er der SPD beigetreten und gehörte ihr bis zum Ersten Weltkrieg an, der KPD trat er 1923 bei und blieb dort bis zum Verbot 1933 aktiv. Im Jahre 1928 wurde er bei den Bremer Hansa-Lloyd-Werken als Kommunist in den Betriebsrat gewählt – in diesen Zusammenhang gehört wohl sein zeitgleicher Ausschluss aus dem gewerkschaftlichen Metallarbeiterverband. Im Jahre 1928 trat er in die Rote Hilfe ein und war dort eine Zeit lang Unterkassierer.

Von Anfang März bis Ende Oktober 1933 wurde er in Schutzhaft genommen, wegen des Verdachts auf Vorbereitung zum Hochverrat. Abermals wurde er am 29. Mai 1935 festgenommen und in Schutzhaft überführt, ab September befand er sich in Untersuchungshaft in Hamburg-Fuhlsbüttel. Vom Hanseatischen OLG Hamburg wurde er im März 1936 zu einem Jahr und sechs Monaten Haft wegen Vorbereitung zum Hochverrat – immerhin unter Anrechnung der U-Haft – verurteilt und im Dezember 1936 entlassen. Vom 1. September bis zum 19. Dezember 1939 wurde er, wie viele andere Genossen bei Kriegsbeginn, im KZ Sachsenhausen im Rahmen der „Sonderaktion Heidrich“ interniert.

Den Bremer Ämtern lagen schon in den fünfziger Jahren bei ihren Recherchen für die Wiedergutmachungszahlungen keine vollständigen Akten vor.

Handschriftlich resümierte Emil Stöhr sein kämpferisches Arbeiterleben im Juli 1946: „Gewerkschaftlich organisierte ich mich 1907 im Deutschen Metallarbeiterverband und wurde 1928 wegen agitatorischer Tätigkeit ausgeschlossen. Politisch betätigte ich mich seit 1909 in der SPD [die folgende Zeile ist unleserlich] und trat 1917, als der Verrat der SPD offensichtlich wurde, aus. Bei Gründung der KPD 1923 trat ich

derselben bei. Von 1930 bis 1933 erhielt ich von der KPD das Mandat zur Bremer Bürgerschaft. Im März 1933 wurde ich verhaftet und in Mißler und auf Ochtumsand interniert wegen Vorbereitung zum Hochverrat. 1939 wurde ich ins Konzentrationslager gebracht. Kriminell bin ich unbestraft. Körperlich bin ich zerschlagen, aber der revolutionäre Wille ist ungebrochen!“

Emil Stöhr bezog nach dem Krieg eine kleine Rente und lebte bis zu seinem Tod zurückgezogen in Bremen.

Quelle: StaB 4,54 E / Emil Stöhr

---

### **Hermine Berthold, geb. Brühning (SPD)**

Geb. am 22. März 1896 in Bremen-Hastedt, gest. am 2. Juni 1990 in Bremen. Die uneheliche Tochter eines Dienstmädchens ging bereits in sehr jungen Jahren „in Stellung“ und wurde mit 16 Jahren Fabrikarbeiterin bei der Bremer Jutespinnerei im Hafenviertel, auch nach ihrer Eheschließung 1918 mit Hermann Berthold war sie dort tätig. Hermine Berthold engagierte sich früh – wohl beeinflusst durch ihren Stiefvater, der nach ihrer eigenen Einschätzung ein „fanatischer Sozialdemokrat“ war - in der Sozialistischen Arbeiterjugend und im Arbeiterturnverein Hastedt sowie in der Textilarbeitergewerkschaft. Hier war es ihr Anliegen, die unerträglichen Arbeitsbedingungen für die Belegschaften, die etwa zu drei Vierteln aus Frauen bestanden, zu verbessern. 1919 trat sie der USPD bei, nach der Vereinigung 1922 war sie Mitglied der SPD. Nach wie vor in Hastedt ansässig, begründete sie hier eine engagierte SPD-Frauengruppe.

Die Mutter von drei Kindern baute in der Weimarer Zeit in Bremen die Konsumgenossenschaft „Vorwärts“, eine der Säulen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, mit auf. Sie war von 1930 bis 1933 und nach dem Zweiten Weltkrieg erneut von 1946 bis 1959 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

Nach der Machtübernahme und der Auflösung aller Organisationen der Arbeiterbewegung führte sie unerschrocken ihre SPD-Frauengruppe weiter. Diese Parteitreffen wurden nun als Kaffeekränzchen und Ausflüge getarnt. Unpolitische, gesellige Veranstaltungen also nach außen hin. Sie verteilte illegale Flugblätter und sammelte Geld für die verbotene SPD. Das blieb nicht unbemerkt: Die ehemalige Abgeordnete wurde 1934 verhaftet und in die Ostertorwache gebracht wegen des Vorwurfs der angeblichen „Vorbereitung des Hochverrats“. Der Prozess fand erst 1935 statt, Hermine Berthold wurde zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie bis zum November 1938 im Frauen-Zuchthaus Lübeck absitzen musste, wo sie sich unter anderem

mit der ehemaligen Bremer KPD-Abgeordneten Käthe Popall anfreundete. Auch ihr Mann wurde für sechs Monate eingesperrt, da er „Botengänge im Rahmen der illegalen Tätigkeit für seine Frau übernommen hatte“.

Bei Kriegsbeginn am 1. September 1939 wurde sie erneut festgenommen und ohne Angabe von Gründen in Schutzhaft genommen. Sie hatte, wie die Gestapo registrierte, trotz des Verbotes nach ihrer Haftentlassung wieder Kontakt zu ihren politischen Weggefährten aufgenommen. Anfang Dezember 1939 wurde sie zu ihrem eigenen Erstaunen aus der Haft entlassen, allerdings wohl nur, weil ihr Ehemann am 1. Dezember 1933 einem tödlichen Verkehrsunfall zum Opfer fiel, nachdem beide Eltern einige Wochen zuvor bereits aufgrund eines Autounfalls zu Tode gekommen waren.

Nach dem Ende des Dritten Reiches kehrte sie – zunächst nur zögerlich – ins Bremer Parlament zurück. Nach den Erfahrungen im Dritten Reich wollte sie zunächst nicht mehr politisch tätig werden. Erst Helene Kaisen gelang es, Hermine Berthold zur erneuten Übernahme politischer Verantwortung zu überreden. Im Bremer Parlament (1946 bis 1959) war sie während der fünfziger Jahre vornehmlich in der Deputation für Ernährung und Landwirtschaft sowie der Deputation für Arbeit und Wiedergutmachung tätig. Unerschrocken und unabhängig von jeglicher Parteiraison unterstützte sie in der Bürgerschaft, wenn sie es denn für richtig hielt, sowohl Anträge aus der KPD- wie aus der CDU-Fraktion.

Nach 1945 sah Hermine Berthold den Wiederaufbau des „Konsum“-Vereins als eines ihrer Hauptanliegen an, ein Gebiet, auf dem sie gemeinsam mit der KPD-Abgeordneten Käthe Popall zusammenarbeitete. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament 1959 engagierte sich die ausgewiesene Sozialpolitikerin noch etliche Jahre für die 1953/54 gegründete Bremer Verbraucherzentrale, damals eine einmalige Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik.

*Quellen: StaB 9,S 3/Hermine Berthold; Renate Meyer-Braun (Hrsg.), Frauen ins Parlament! Bremen 1991; Bremer Nachrichten vom 22. März 1976*

---

## Josef Böhm (SPD)

Geb. am 19. März 1887 in Wien, gest. am 13. Oktober 1954 in Bremen. Böhm verlor im Alter von zwölf Jahren beide Eltern und begann ein Jahr später mit der Ausbildung zum Tischler. Die Gesellenjahre verbrachte er auf Wanderschaft durch Österreich und Deutschland. 1905 wurde er Mitglied der SPD und des Holzarbeiterverbandes

und engagierte sich im Arbeiterabstinertenverband. Bereits 1912 war er Mitglied im Bremer SPD-Parteivorstand. Von 1917 bis 1922 gehörte er zur USPD und schloss sich danach wieder der SPD an. Böhm arbeitete nach dem Ersten Weltkrieg als SPD-Bezirkssekretär und war von 1923 bis 1933 sowie von 1946 bis 1947 und von 1951 bis zu seinem Tod 1954 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten beschwor Böhm mutig in einem Flugblatt die Treue seiner Partei zu ihren politischen Idealen, er vernichtete hellstichtig die Mitgliederkarthothek und konnte so einen Rachefeldzug der Nazis gegen die Parteimitglieder verhindern. Die Quittung folgte prompt: Am 12. Mai 1933 wurde er in der Ostertorwache und im KZ Mißler inhaftiert (Schutzhaft ohne Nennung von Gründen) und erst im November 1933 – nach monatelangen „Umerziehungsmaßnahmen“ wieder entlassen. Böhm schrieb am 16. März 1933 aus der Ostertorwache an seine Familie: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, aber unsere Ehre nicht!“ Dieses Zitat von Otto Wels belegt die Haltung vieler Sozialdemokraten damals, er zeugt vom Selbstverständnis und der Würde eines Mannes, der unerschütterlich an das Überleben seiner sozialistischen Ideen glaubte. Obwohl ihm ein Hochverratsprozess drohte, blieb er standhaft und verweigerte die Nennung von Namen anderer Parteigenossen. Es folgten kurze Haftzeiten im KZ Ochtumsand und im KZ Langlütjen.

Am 22. August 1944 wurde Böhm erneut während der „Aktion Gewitter“ verhaftet und ins Lager Bremen-Farge gebracht, wo er bis Ende September 1944 einsaß. Die Nationalsozialisten warfen ihm erneut Hochverrat und eine nie nachgewiesene Beteiligung am sogenannten „Hitler-Attentat“ vor.

Nach dem Zweiten Weltkrieg betätigte sich Böhm wieder als Parteisekretär und Abgeordneter. Schwerpunkt seiner parlamentarischen Arbeit waren die Deputationen für das Bauwesen und Gesundheit. Sein besonderes Interesse galt nach dem Krieg der Schrebergartenbewegung – 1946 wurde Josef Böhm in den Landesvorstand der Bremer Kleingärtner gewählt.

*Quellen: StaB 9,S 3/Josef Böhm; Weser-Kurier vom 14. Oktober 1954; Christl Wickert, Gedenkbuch verfolgter Sozialdemokraten in Norddeutschland / [www.archiv.spd.de](http://www.archiv.spd.de)*

---

## Oscar Drees (SPD)

Geb. am 2. Mai 1889 in Burhave (Oldenburg), gest. am 28. Juni 1968 in Bremen. Der Kaufmannssohn besuchte von 1904 bis 1911 das Volksschullehrerseminar in Bremen

und unterrichtete ab April 1911 an einer Schule in Bremen-Habenhausen. Von 1913 bis 1918 leistete er seinen Militär- und Kriegsdienst. Der ausgewiesene Sozialhygieniker war von 1920 bis 1933 im Vorstand des „Volksbundes für Sport- und Körperpflege“ und von 1928 bis 1933 Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft. Von 1931 bis 1933 gehörte er zur Bremer Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Bereits am 15. März 1933 wurde er von seiner Lehrtätigkeit beurlaubt, kurz darauf, am 30. Juni 1933, aus dem Schuldienst entlassen. Fast gleichzeitig, vom 12. Juni bis zum 14. Juli 1933, wurde Drees wegen seiner Reichsbanner-Aktivitäten in das KZ Mißler eingesperrt.

Dem nun arbeitslosen Drees, der sich für lange Zeit mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen musste, gelang es erst 1937, als kaufmännischer Angestellter auf der AG „Weser“ beruflich erneut Fuß zu fassen.

Im Rahmen der „Aktion Gewitter“ wurde Drees vom 22. bis 30. August 1944 erneut inhaftiert, diesmal im Arbeitserziehungslager Farge.

1946 wurde Oscar Drees wieder in den bremischen Schuldienst eingestellt, bis 1957 war er als Schulleiter im Amt. Daneben engagierte er sich wieder für Sport und Gesundheit: Von 1946 bis 1966 war er Vorsitzender des Bremer Sportverbandes und von 1950 bis 1960 Vizepräsident des Deutschen Sportbundes. Oscar Drees hatte – vielleicht nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen in der Weimarer Zeit und im Dritten Reich – nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst auf die Neuetablierung einer politisch gebundenen Sportbewegung verzichtet und sich statt dessen für eine geschlossene, aber unpolitische Sportorganisation eingesetzt.

*Quellen: StAB 9, S 3/Oscar Drees; Weser-Kurier vom 10. März 1961*

### **Max Ethe (SPD)**

Geb. am 14. November 1873 in Magdeburg, gest. am 27. Juli 1956 in Bremen. Von 1888 bis 1892 absolvierte er eine Tischlerlehre und ging danach für zwei Jahre auf Wanderschaft. Schon früh engagierte sich der rhetorisch hoch begabte Ethe in der Gewerkschaft und arbeitete vom Oktober 1911 bis zum April 1919 als angestellter Sekretär des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Im Dezember 1919 wurde er – und blieb es bis zur Inhaftierung im Mai 1933 – Berufsberater beim Arbeitsamt Bremen. Von 1922 bis zur Auflösung übernahm er zudem den damals ehrenamtlichen Vorsitz des SPD-Ortsvereins Bremen. Im Jahre 1925 wurde Max Ethe erstmals Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

Der Berufsberater verlor sofort nach der Machtübernahme seine Stellung und wurde vom Mai 1933 bis September 1933 in der Ostertorwache und im KZ Mißler inhaftiert. Nach seiner Haftentlassung kam es immer wieder zu Hausdurchsuchungen durch die Gestapo. Aus einer eidesstattlichen Versicherung Ethes vom 25. März 1949: „Auf Veranlassung der Gestapo Bremen habe ich mich vom 28. April bis zum 19. Mai 1933 im Gefangenenhaus am Ostertor und von da an bis zum 29. September 1933 in den Mißlerschen Auswanderungshallen (KZ) aus rein politischen Gründen in Schutzhaft befunden. Die mir bei meiner Entlassung ausgestellten Papiere sind mir bei einer späteren Hausdurchsuchung durch die Gestapo beschlagnahmt und fortgenommen worden. Ich versichere daher die vorstehend angegebenen Haftzeiten an Eides Statt, um auf diese Weise den für die Entschädigung erforderlichen Nachweis zu führen.“

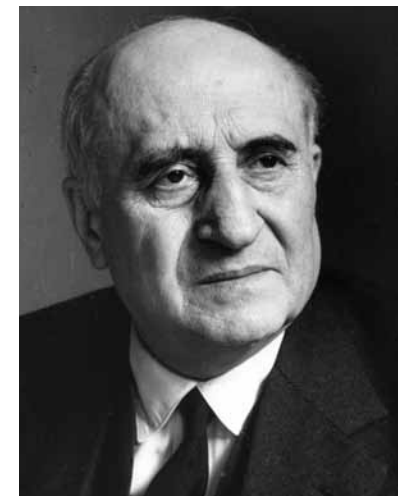
Ethe wurde in der Haft schwer misshandelt – unter anderem trug er in der Haft eine Schlüsselbeinverrenkung davon, die ihn behinderte, und er zog sich ein schmerzhaftes Gallen- und ein Herzleiden zu – und war danach nur noch vermindert erwerbsfähig. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges blieb Max Ethe ein schwer kranker Mann und lebte von einer bescheidenen Rente aufgrund der im Dritten Reich erlittenen Verletzungen. Politisch trat er nicht mehr in Erscheinung.

*Quelle: StAB 4,54 E 959: Max Ethe*

### **Alfred Faust (SPD)**

Geb. am 15. Dezember 1883 in Sulzmatt/Elsass, gestorben am 14. Juni 1961 in Bremen. Der Werbefachmann und Redakteur war Sohn eines Winzers, der mit einer Jüdin verheiratet war. Nach der Schulzeit in Belfort und einer erfolgreich absolvierten Kaufmannslehre diente Faust zwei Jahre bei den Berliner Grenadiern und schlug sich danach „mehr schlecht als recht“ als Französisch-Lehrer durch, später wurde er Reisender für eine Magdeburger Lebensmittelfabrik. 1909 kam er nach Bremen, wo er für den Kaffeekaufmann Ludwig Roselius und den Kaffee-Hag-Konzern als Reklamechef und Leiter der literarischen Abteilung arbeitete.

Noch während seines Kriegsdienstes als Sanitätsunteroffizier 1914 bis 1918 geißelte er die Schrecken des Krieges in einem Zeitungsartikel: „Es herrscht eine Stickluft



wie in einer überheizten Badestube, zusammengefügt aus Blut, Schweiß, Staub, Ungeziefer, Medikamenten. Die Glühbirnen hängen darin wie ein Winternebel. Kein Lüftchen, kein Hauch. Und da liegen sie nun, die noch lebenden Opfer der Schlacht, stumm im schmerzhaften Erdulden mit blutdurchsickerten Verbänden.“

1917 trat Faust der USPD bei und wurde nach seiner Rückkehr nach Bremen als Leiter des Referats für Presse und Propaganda eine der führenden Persönlichkeiten der Bremer Räterepublik. Gleichzeitig schrieb er für die „Bremer Bürgerzeitung“ und wurde Mitbegründer der „Bremer Arbeiterzeitung“, die später von der KPD herausgegeben wurde.

1919 war er Mitglied der Verfassungsgebenden Bremer Nationalversammlung. Von 1920 bis 1933 war er Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. 1922, nach seinem Übertritt zur SPD, wurde Faust unter der Chefredaktion von Wilhelm Kaisen Redakteur der „Bremer Volkszeitung“ und übernahm nach Kaisens Eintritt in den Senat 1928 die Leitung. Seine spitze Feder war gefürchtet: Unvergessen sind seine satirischen Montagsartikel „Rund um den Fangturm“, in denen er unter dem Pseudonym „Mephisto“ bremische Alltagsereignisse anprangerte. Ebenso bekannt machte ihn weit über Bremen hinaus die Broschüre „Das Panama der Nordwolle“, in der er die Vorgänge um den Nordwolle-Bankrott brillant und scharfzüngig analysierte.

Am 6. November 1932 wurde er in den Deutschen Reichstag gewählt und am 5. März 1933 erneut Abgeordneter in Berlin, konnte dieses Amt aber nicht mehr wahrnehmen, da das Berliner Parlament in der Zeit der Notverordnungen mehr oder minder arbeitsunfähig war und weil Faust seit Ende April 1933 immer wieder kurzfristig in „Schutzhaft“ genommen und im KZ Mißler und KZ Ochtumsand inhaftiert wurde. Legale Gründe brauchte es dafür nicht und die Immunität von Abgeordneten galt den Nationalsozialisten offensichtlich nichts: Bürgermeister Dr. Markert sagte bei der Festnahme im April 1933 wörtlich zu Alfred Faust: „Es liegt eigentlich nichts gegen Sie vor, die Schutzhaft ist daher nur zu Ihrer eigenen Sicherheit!“

Nach einer kurzen Haftentlassung wurde Faust – mit dem wohl berechtigten Vorwurf, ein strikter Gegner des NS-Systems zu sein – am 28. Dezember 1933 erneut in das Untersuchungsgefängnis Ostertorwache gebracht, wo er bis zum 22. März 1934 einsaß. Seine schnelle Entlassung ist nach Fausts eigenen Erinnerungen sowohl auf Eingaben Ludwig Roselius’ als auch des NS-Polizeisensors Laue zurückzuführen. Faust verließ Bremen dann auf Anordnung der Gestapo und ging – wieder mit Hilfe Roselius’ – nach Berlin, wo er als reisender Vertreter für den Bremer Angelsachsen-Verlag (Literatur und Kunst) arbeiten konnte. Auf seinen Reisen hielt er stets Kontakt zu alten Parteigenossen und übernahm wohl auch einige Kurierdienste.

Nach dem missglückten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 floh Faust – rechtzeitig gewarnt – ins Elsass, wo er nach Kriegsende in Mülhausen erneut als Redakteur einer deutsch-französischen Zeitung arbeiten konnte. Erst 1949 kehrte er nach Bremen zurück. 1950 wurde er zum Pressesprecher des Senats ernannt. Nach seinem Tod wurde er für seine Verdienste mit einem Staatsakt im Bremer Rathaus geehrt.

*Quellen: StaB 9,S 3/Alfred Faust; Gustav Salander, In memoriam Alfred Faust: Ein Franzose als Senatssprecher im Bremer Rathaus (Manuskript); Bremische Biographie 1912 bis 1962, Bremen 1969; Christl Wickert, Gedenkbuch verfolgter Sozialdemokraten in Norddeutschland / [www.archiv.spd.de](http://www.archiv.spd.de)*

### Albert Goetze (SPD)

Geb. am 5. Juli 1887 in Meerane/Sachsen, gest. am 21. November 1967 in Bremen. Nach erfolgreicher Maurerlehre in seiner sächsischen Heimatstadt verbrachte Goetze die Gesellenjahre auf Wanderschaft. 1905 ließ er sich in Bremen nieder. Schon als Lehrling engagierte sich Goetze im Zentralverband der Maurer (der später in der IG Bau-Steine-Erden aufging).

Der Sozialdemokrat war von 1921 bis 1933 Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft und bis 1933 Präsident der Bremer Arbeiterkammer. Albert Goetze gehörte als ausgewiesener Sozialpolitiker u. a. zu den Mitbegründern des Gemeinnützigen Bestattungsinstitutes (Ge-Be-In), des Wohnungsbauvereins der Freien Gewerkschaften (später Gewoba) und der Bauhütte Hansa.

Wegen seiner politischen Tätigkeit wurde er zu einer kurzen Gefängnisstrafe verurteilt und musste 1944 einige Monate KZ-Haft überstehen, konnte aber die Jahre des Dritten Reiches trotz mehrfacher Hausdurchsuchungen weitgehend unbehelligt überstehen.

Nach dem Krieg war Albert Goetze maßgeblich am Wiederaufbau der Gewerkschaften beteiligt und setzte sich vehement für den Wiederaufbau der Stadt und den sozialen Wohnungsbau ein. Albert war erster Vorsitzender der wieder gegründeten Gewerkschaft und langjähriger Geschäftsführer des Wohnungsbauunternehmens Gewoba in Bremen.

*Quelle: StaB 9,S 3/Albert Götze*



## Clara Jungmittag, geb. Haueisen (SPD)

Geb. am 28. Oktober 1881 in Meerane (Sachsen), gest. am 4. März 1961 in Bremen an den Folgen eines Unfalls. Das älteste von vier Kindern verlor früh die Mutter, der Vater nahm sich einige Jahre später das Leben. Schon früh musste Clara Jungmittag daher Verantwortung für den Haushalt und die jüngeren Geschwister übernehmen, vielleicht liegt hier die Wurzel für ihr späteres Engagement für Hilfsbedürftige begründet. Der Wunsch, Lehrerin zu werden, ging nicht in Erfüllung, aber sie konnte immerhin – für junge Mädchen damals nicht selbstverständlich – eine Lehre absolvieren.

Die ausgebildete Köchin heiratete 1906 in Leipzig den Handwerker Richard Jungmittag und übersiedelte mit ihm 1908 nach Bremen. Beide traten hier der SPD bei. Die junge, politisch sehr interessierte Frau bekam vier Kinder. Der Sozial- und Frauenpolitik galt ihr besonderes Interesse: „Meine Mutter war ziemlich selbständig, sie wusste, was sie wollte, auch in der Ehe, wo man eine offene Aussprache schätzte und jeder die Meinung sagen konnte.“ So beschrieb einmal die Tochter Marianne ihre Mutter. Clara Jungmittag engagierte sich im Vorstand und in den verschiedenen Kommissionen für die Konsumgenossenschaft „Vorwärts“, während des Krieges übernahm sie diverse Ämter im Zentral-Hilfsausschuss des Roten Kreuzes.

1919 wurde sie in die Bremer Nationalversammlung gewählt und war danach bis 1933 ununterbrochen Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft, sie gehörte damit zu den ersten Frauen überhaupt, die in ein deutsches Parlament einzogen. Die engagierte Sozialpolitikerin saß in der Deputation für das Gesundheitswesen, gehörte 1921 zu dem Mitgründerinnen der Bremer Arbeiterwohlfahrt, einer 1919 in Berlin von Marie Juchacz gegründeten Organisation, die sich in erster Linie um die Linderung der materiellen Not Bedürftiger und der Arbeiterschaft bemühte. Später gehörten auch soziale Einrichtungen wie Altentagesstätten, Pflegeheime und Jugendwerkstätten dazu.

In ihrem Tagesablauf nahm die soziale und politische Arbeit einen breiten Raum ein: Fraktions- und Bürgerschaftssitzungen, Deputationen, Arbeiterwohlfahrt und die Konsumgenossenschaft beanspruchten sehr viel Zeit. Offenbar blieb die Vielbeschäftigte nicht ohne schlechtes Gewissen ihrer Familie gegenüber. Ihre Tochter Marianne bemerkte etwas kritisch dazu: „Es fehlte an nichts, nicht an Essen, nicht an Kleidung, nur die Mutter fehlte!“ Doch Helene Kaisen befand: „Clara Jungmittag ist ein Vorbild jener vielen stillen und eifrigen Helfer, die die deutsche Arbeiterbewegung groß und stark gemacht haben.“

Im Sommer 1933 wurde sie zunächst mit anderen Sozialdemokraten auf den Bremer Marktplatz geschleppt und dann unter dem Hinweis auf die politische Gegnerschaft

zum Regime kurzfristig von der Gestapo inhaftiert, während bei ihr zu Hause die Bücher auf die Straße geworfen und verbrannt wurden. Sie konnte danach aber weitgehend unbehelligt und unauffällig in Bremen leben. 1944 wurde ihr Wohnhaus in der Bremer Wiedstraße bei einem Bombenangriff zerstört. Ebenfalls 1944 starb einer ihrer Söhne, Fritz, an der Front an den Folgen einer Tuberkulose, ein anderer, Willi, wurde im gleichen Jahr als Widerstandskämpfer hingerichtet, weil er in seiner Berliner Wohnung den dringend gesuchten Untergrundkämpfer Bernhard Bästlein versteckt hatte.

Nach dem Krieg kehrte Clara Jungmittag nicht mehr auf die politische Bühne des Parlaments zurück, engagierte sich aber erneut für die Arbeiterwohlfahrt und das Arbeiter-Hilfswerk und übernahm gemeinsam mit ihrem Mann für mehrere Jahre die Leitung des Schullandheimes „Am weißen Berg“ in Achim-Etelsen. Ebenfalls auf ihre Initiative und tätige Mithilfe zurück ging der Betrieb einer Wärmehalle (ein Vorläuferin der späteren Altentagesstätten) durch die Arbeiterwohlfahrt in Bremen-Walle.

*Quellen: Renate Meyer-Braun (Hrsg.), Frauen ins Parlament!, Bremen 1991; Christl Wickert, Gedenkbuch verfolgter Sozialdemokraten in Norddeutschland / [www.archiv.spd.de](http://www.archiv.spd.de); Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 3 u. 4, Hamburg 1983 u. 1985*

---

## Heinrich Meyer (SPD)

Geb. am 6. Januar 1897 in Bremen, gest. am 14. Oktober 1959 in Bremen. Der Kaufmannsgehilfe war seit 1919 im Handlungsgehilfenverband tätig und trat 1924 in die SPD ein. Meyer wurde erst 1933 Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft. Er wurde 1934 von der Gestapo als politischer Gegner inhaftiert und 1935/36 erneut für fast zwei Jahre ins Gefängnis gebracht. Die Haftorte sind nicht bekannt.

Nach dem Krieg wurde Meyer erneut Abgeordneter, zunächst von 1946 bis 1948 in der Bremischen Bürgerschaft, von 1949 bis 1953 im Deutschen Bundestag.

*Quellen: Christl Wickert, Gedenkbuch verfolgter Sozialdemokraten in Norddeutschland / [www.archiv.spd.de](http://www.archiv.spd.de)*



### **Charlotte Niehaus, geb. Schnackenberg (SPD)**

Geb. am 30. September 1882 in Ottersberg, gest. am 19. Februar 1975 in Bremen. Die Zimmermannstochter wurde nach dem Besuch der Ottersberger Dorfschule Haushaltshilfe. 1899 trat sie dann eine Stellung bei der Bremer Kaufmannsfamilie Laßmann in Schwachhausen an, in der sie bis zu ihrer Hochzeit mit dem Schneider Hermann Niehaus 1904 blieb. Sie ließ sich mit ihrem Mann zunächst in Findorff, später im Steintorviertel nieder, bekam eine Tochter und einen Sohn, betreute zwei Untermieter und arbeitete außerdem mit ihrem Mann gemeinsam in der Werkstatt: „Den Acht-Stunden-Tag kannten wir nicht. Es wurde ja nicht nach Stunden bezahlt, sondern nach Stück. Ich habe mitgeholfen. Morgens um fünf saßen wir schon und nähten, bis es dunkel wurde.“

Angeregt durch ihren in der Gewerkschaft engagierten Mann kam Charlotte Niehaus zur Politik, 1906 trat sie in die SPD ein. Von Beginn an interessierte sie sich für Frauenpolitik, nahm an den Frauenversammlungen im Gewerkschaftshaus teil und initiierte schließlich im Ostertor eine Frauengruppe.

Aus dem Ersten Weltkrieg kehrte Hermann Niehaus schon 1915 mit einer schweren Armverletzung zurück, so dass er seinen Beruf als Schneider nicht mehr ausüben konnte, er kam schließlich bei den Bremer Stadtwerken unter. Angesichts der ständig wachsenden Not der Bevölkerung im Krieg wechselte sie 1917 zur USPD und wurde Abgeordnete in der Bremer Nationalversammlung. Ab 1920 war sie Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft, zunächst für die USPD, nach 1922 für die SPD. Sie gehörte dem Bremer Parlament ununterbrochen bis zur Auflösung 1933 an. Den Schwerpunkt ihrer Arbeit bildete hier die Wohlfahrtspolitik. Von politischen Wegbegleitern wurde Charlotte Niehaus eher als praktisch und zupackend denn als intellektuell beschrieben. Während ihrer dreizehnjährigen Abgeordnetentätigkeit hielt sie nur zehn Reden vor dem Plenum. Sie wirkte lieber im Hintergrund. So gehörte sie 1920 zu den Mitbegründerinnen der Bremer Arbeiterwohlfahrt, diesen Landesverband leitete sie ab 1928.

Nach der Machtergreifung blieb Charlotte Niehaus zwar Haft und Verfolgung erspart, sie musste aber etliche Hausdurchsuchungen ertragen und stand unter ständiger Beobachtung. Regelmäßig musste sie sich im Gestapohaus Am Wall 199 melden. Ihr Sohn wurde wegen defaitistischer Äußerungen für mehrere Monate eingesperrt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kandidierte sie nicht mehr für die Bürgerschaft, arbeitete aber als Beraterin in der Deputation für das Wohlfahrtswesen mit und engagierte sich erneut für die Arbeiterwohlfahrt. Auf ihr Betreiben entstand in den fünfziger Jahren in der Bremer Neustadt ein Heim für ledige Mütter und ihre Kinder, damals ein Projekt mit Modellcharakter: „Für die Bremer Arbeiterwohlfahrt war das ein ganz neues, aber ein ebenso schwieriges Arbeitsgebiet. Uns kam es darauf an, praktische Hilfe zu leisten für die junge Mutter und ihr Kleinkind. Das Mutter-und-Kind-Heim soll für alle, die darin leben, Hort und Zuflucht sein!“

Schon seit den zwanziger Jahren hatte Charlotte Niehaus in der Bürgerschaft immer wieder für mehr Schutz und Hilfen für unehelich geborene Kinder gekämpft. Erst 1961, im Alter von 79 Jahren, gab sie den Vorsitz der Arbeiterwohlfahrt auf.

*Quelle: StaB 9,S 3 / Charlotte Niehaus; Renate Meyer-Braun (Hrsg.), Frauen ins Parlament!, Bremen 1991*

### **Franz Noch (SPD)**

Geb am 3. Februar 1885 in Dirschau / Westpreußen, gest. am 2. Dezember 1961 in Bremen. Noch stammte aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Nach Absolvierung der Volksschule fand er Arbeit als ungelernter Metallbauer in Duisburg-Oberhausen und leistete dann ab 1907 seinen vierjährigen Militärdienst bei der Marine-Artillerie in Wilhelmshaven ab. 1911 ließ er sich in Bremen nieder und wurde bei der Schutzpolizei angenommen, wo er „von der Pike auf“ die verschiedenen Einrichtungen der Polizei kennen lernte. Früh organisierte er sich in der SPD.

Nachdem die Polizeibeamten „politisch freie Staatsbürger“ geworden waren, trat Franz Noch an die Spitze des damals neu gegründeten Landesverbandes der bremischen Polizeibeamten. Außerdem wurde er Vorsitzender des Beamten-Ausschusses der Bremer Polizeidirektion. Der Weser-Kurier schrieb im Februar 1951 in einer Würdigung anlässlich seiner Pensionierung: „Sein Blick ging über den Rahmen der Polizeibeamtenschaft hinaus, das Landeskartell Bremen wählte ihn zu seinem Vorsitzenden. Ein ausgezeichnete Kenner aller beamtenrechtlichen Verhältnisse und ein energischer Verfechter der Interessen seiner Berufskollegen, so hat Franz Noch jahrelang für die bremischen Beamten gestritten.“

1920 wurde Franz Noch Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft, wo sein vornehmliches Arbeitsgebiet in der Deputation für Innere Verwaltung, der Finanzdeputation und dem Haushaltsausschuss lag. Der erfolgreiche Beamte, der aus seinen so-

zialen und demokratischen Überzeugungen nie ein Hehl gemacht hatte, wurde nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 sofort aus allen Ämtern entlassen und in der Ostertorwache in „Schutzhaft“ genommen, nach wenigen Wochen aber wieder freigelassen. Noch schlug sich danach jahrelang mühselig als Gelegenheitsarbeiter durch, von den braunen Machthabern stets misstrauisch beobachtet. 1938 wurde dem nun gezwungenermaßen unauffällig lebenden Mann dann eine Zulassung als Steuerberater erteilt. Nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 wurde Franz Noch unter dem Verdacht der Mittäterschaft von der Gestapo festgenommen und im August 1944 in das Lager Bremen-Farge gebracht, erst nach zwei Monaten wurde er wieder freigelassen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Noch durch britische Besatzungsoffiziere wieder ins Polizeihaus berufen, wo ihm nach kurzer Zeit das Kommando über die Schulzpolizei übertragen wurde. Franz Noch organisierte das Bremer Polizeiwesen neu, am 9. November 1947 wurde er Bremer Polizeipräsident. Dieses Amt hatte er inne bis zu seiner Pensionierung 1951. Der *Weser-Kurier* bescheinigte ihm einen ungewöhnlichen Lebensweg: „Der Weg vom einfachen Schutzmann zum Chef der Polizei einer Großstadt und eines Seehafens war nur einem kenntnisreichen, begabten, für seinen Beruf und die gesamte Beamtenschaft unermüdlich rührigen Mann möglich. In den turbulenten Nachkriegsjahren sind gewiß gelegentlich kleine Pannen in der Polizei unterlaufen, wie überall in solcher Umbruchzeit. Aber mit Stolz darf er für sich und die Gesamtheit der bremischen Polizeibeamten das auch von amerikanischer Seite betonte Lob buchen, dass Bremen nicht zuletzt dank seiner Polizei zu den sichersten und geordneten Häfen der Welt zählt. Was den Menschen Franz Noch betrifft, so läßt sich über ihn sagen: Rauhe schale, weicher Kern.“ Und Bremens damaliger Bürgermeister Adolf Ehlers sagte in seiner Grabrede auf dem Riensberger Friedhof: „Und so sollst du uns immer in Erinnerung bleiben, als der knorrige, aufrechte und tapfere Mann mit dem warmen Herzen für alle, die deine Hilfe suchten.“

*Quellen: StaB 9,S 3 / Franz Noch; Weser-Kurier vom 3. Februar 1951 und vom 5. u. 9. Dezember 1961*

### Johann Osterloh (SPD)

Geb. am 26. Januar 1888 in Deichhausen / Oldenburg, gest. am 7. Januar 1963 in Bremen. Nach dem Besuch der Dorfschule ermöglichten die Eltern dem begabten Sohn den Besuch des Lehrerseminars in Bremen, 1919 wurde Osterloh dann als Volksschullehrer in Woltmershausen eingestellt. Der schon vor dem Ersten Weltkrieg in der Partei engagierte Sozialdemokrat war neben seinem Beruf von 1924 bis 1927 Redakteur der Bremer Lehrerzeitung und von 1930 bis 1933 Vorsitzender des Bremer

Lehrervereins, zeitweise war er auch im Vorsitz des Bremer Landeskartells des Deutschen Beamten-Bundes tätig.

1930 wurde Osterloh in die Bremische Bürgerschaft gewählt und übernahm dort von Januar bis April 1931 die Vize-Präsidentschaft, anschließend, bis Oktober 1931, wurde er Präsident des Hohen Hauses. In der Wirtschaftskrise – nach dem Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns – musste Osterloh alle Ämter niederlegen, weil die Bremische Beamtenbank, zu deren Aufsichtsrat er gehört hatte, in das unvorstellbare finanzielle Desaster mit hineingezogen wurde. Nach der Machtübernahme wurde Osterloh kurzfristig inhaftiert, die Nazis entfernten ihn wegen „Nationaler Unzuverlässigkeit“ aus seinem Lehramt, er schlug sich dann als Handelsvertreter mühsam durch die folgenden Jahre, bis er 1942, wohl aufgrund des ungeheuren Lehrermangels während des Krieges, wieder in den Schuldienst zurückkehren konnte.

1945 wurde er als Schulrat in die Unterrichtsverwaltung berufen und später in die Leitung der Regierungskanzlei und des Personalamtes. 1954 ging Osterloh in den Ruhestand.

*Quellen: StaB 9,S 3 / Johann Osterloh; Christl Wickert, Gedenkbuch verfolgter Sozialdemokraten in Norddeutschland / [www.archiv.spd.de](http://www.archiv.spd.de)*

---

### Willy Schramm (SPD)

Geb. am 5. Juli 1900 in Bromberg/Posen, gest. am 27. Februar 1951 in Bremen. Schramm war seit 1916 Mitglied im Deutschen Metallarbeiterverband und wurde 1930 erstmals für die SPD in die Bremische Bürgerschaft gewählt. 1933 wurde er in Schutzhaft genommen und im Arbeitserziehungslager Bremen-Farge inhaftiert. Nach dem Hitler-Attentat wurde Schramm während der reichsweiten „Aktion Gewitter“ erneut festgenommen und in das KZ Kiel-Hassee eingeliefert und mehrfach misshandelt. Er verließ es als schwerkranker Mann.

Nach 1945 arbeitete Schramm als Bezirkssekretär der Bremer SPD und stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Hamburg und Nordwest und war von 1946 bis 1947 erneut Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Die Reorganisation der Partei auf Landes- und Bundesebene war sein größtes Anliegen nach dem Krieg.

*Quellen: StaB 9,S 3 / Willy Schramm; Christl Wickert, Gedenkbuch verfolgter Sozialdemokraten in Norddeutschland / [www.archiv.spd.de](http://www.archiv.spd.de)*



## Wilhelm Schmidt (SPD)

Geb. am 8. März 1883 in Bristow-Stavenhagen / Mecklenburg, gest. in Bremen. Nach der Schulzeit absolvierte Schmidt eine Bäckerlehre, ein Beruf, den er als Geselle von 1900 bis 1908 ausübte. In diese Zeit fällt auch seine Hinwendung zur Gewerkschaftsbewegung: „Er gehörte zu jener aktiven Gruppe in der deutschen Arbeiterschaft, die in immer neuen Ansätzen von Jugend auf mit Beharrlichkeit und Charakterfestigkeit nach dem Grundsatz gelebt hat, dass man sich mit der gegebenen miserablen Situation seiner Klasse niemals abfinden dürfe, sondern, mehr unter praktischen als unter theoretischen Gesichtspunkten, auf den verschiedenen Wegen versuchen müsse, Elend und Unrecht zu überwinden und sich ein freies und gesichertes Leben in der Gemeinschaft des gesamten Volkes zu erkämpfen.“

Im Militärdienst beschädigt, kam er 1908 nach Bremen und fand eine Anstellung als Amtsgehilfe und Bote bei der Bauverwaltung. Nach etlichen Prüfungen wechselte er als Verwaltungssekretär an das Bremer Fürsorgeamt, bis 1933 war er im Außendienst im Arbeiter-Stadtteil Gröpelingen tätig. Bereits 1919 wurde der sozial engagierte Wilhelm Schmidt erstmals in die Bremische Bürgerschaft gewählt, zunächst für die USPD, später für die SPD. Der Abgeordnete entwickelte sich im Hohen Haus zu einem Experten für soziale, beamtenrechtliche und Haushaltsfragen, nebenbei war er in diverse Beamten-Organisationen eingebunden: Mitglied im Reichsvorstand der Beamten-Gewerkschaft und im Gemeinnützigen BeamtenWohnungsverein, der Mitte der zwanziger Jahre große Wohnanlagen für Beamte in der Bremer Neustadt und in Bremen-Hastedt errichtete.

1933 wurde Schmidt aus dem Amt entlassen und musste sich und seine Familie zunächst jahrelang als Hilfsarbeiter durchbringen, später konnte er immerhin als Bürokraft arbeiten. 1944 wurde er im Zuge der „Aktion Gewitter“ nach dem Hitler-Attentat festgenommen und in das Arbeitslager Bremen-Farge eingeliefert, wo er aber unverdrossen mit ebenfalls inhaftierten alten Parteigenossen Pläne zum Wiederaufbau Bremens nach dem damals schon absehbaren Ende der Nazi-Herrschaft schmiedete.

Wilhelm Schmidt war nach dem Krieg in der Verwaltung maßgeblich am Aufbau der Personalkommission für das Personalwesen und am verwaltungsmäßigen und personellen Aufbau der inneren Verwaltung beteiligt: „Es ging ihm dabei nicht so sehr um die äußere Organisation als um die innere Formung vor allem der hier tätigen Menschen und der bremischen Beamtenschaft überhaupt. Zeugnis davon ist auch seine intensive Bemühung um die Ausbildung des Beamtennachwuchses [...] Die Aktivierung des einzelnen und der Aufbau von unten her, das ist der Grundsatz,

der ihn auch bei der Mitgestaltung am bremischen Ortsamtsgesetz und der Arbeit der Ortsämter stets geleitet hat.“

Auch nach seiner Pensionierung hat Schmidt noch aktiv politisch als Sprecher des Oberneulander Beirates gewirkt.

Wilhelm Schmidt gehörte zu den Mitverfassern der bremischen Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg, aus seiner Feder stammt die Präambel, die auch als sehr persönliches Bekenntnis zu verstehen ist: „Erschüttert von der Vernichtung, die die autoritäre Regierung der Nationalsozialisten unter Missachtung der persönlichen Freiheit und der Würde des Menschen in der jahrhundertealten Freien Hansestadt Bremen verursacht hat, sind die Bürger dieses Landes willens, eine Ordnung des gesellschaftlichen Willens zu schaffen, in der die soziale Gerechtigkeit, die Menschlichkeit und der Friede gepflegt werden, in der der wirtschaftlich Schwache vor Ausbeutung geschützt und allen Arbeitswilligen ein menschenwürdiges Dasein gesichert wird.“

*Quellen: StaB 9,S 3 / Wilhelm Schmidt; Bremer Bürgerzeitung v. 9. März 1973; Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947 – Präambel*

## Anna Stiegler, geb. Behrend, gesch. Vogt (SPD)

Geb. am 21. April 1881 in Penzlin (Mecklenburg), gest. am 23. Juni 1963 in Bremen. Die Tochter eines Landarbeiters wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf und ging zunächst „als Kinderfräulein in Stellung“. Nach verschiedenen Anstellungen gelangte sie nach Blumenthal bei Bremen, dort heiratete sie den Schneidermeister Vogt. 1904 verfolgte sie mit großem Interesse die Berichterstattung über den Parteitag der SPD, der damals in Bremen stattfand. Offensichtlich eine prägende Erfahrung: In ihren wenigen erhaltenen persönlichen Aufzeichnungen erwähnte sie, wie sehr ihr „die Redebeiträge der damaligen Parteigrößen August Bebel, Paul Singer und Friedrich Ebert imponiert“ hätten. Die Ehe mit dem Schneider wurde nach wenigen Jahren geschieden, ihr zweiter Ehemann wurde 1916 der Buchdrucker und Sozialdemokrat Karl Friedrich Stiegler. Schon vor 1908 – damals wurde das Reichsvereinsgesetz geändert, und Frauen durften sich erstmals in politischen Parteien betätigen – war sie Mitglied einer noch inoffiziellen sozialdemokratischen Frauengruppe in Blumenthal. Im März 1908



übernahm sie dort den Vorsitz. Nach dem Umzug nach Bremen wurde sie zunächst Schriftführerin, später Leiterin der Bremer SPD-Frauengruppe. Nach der Spaltung der Arbeiterbewegung in MSPD, USPD und KPD schloss sich Anna Stiegler der USPD an, wohl in erster Linie aufgrund ihrer zutiefst pazifistischen Prägung. Sie wurde für die USPD in die Bremische Nationalversammlung gewählt, wo sie kompromisslos die „Sozialisierung von Betrieben zur Ausschaltung von Unternehmensgewinnen“ forderte. 1919 wurde sie in die Bremische Bürgerschaft gewählt, der sie ununterbrochen, nach 1922 wieder in der SPD, bis zur Auflösung 1933 angehören sollte.

Auch während ihrer Abgeordnetenjahre zählte die Frauenpolitik zu ihren Arbeitsschwerpunkten, etliche Anträge und Beiträge zu frauen- und bildungspolitischen Themen belegen das. Aufsehen erregte sie 1931, als sie in einer Bürgerschaftsdebatte die Einführung der Berufsschulpflicht für weibliche Hausangestellte und sogar für ungelernete Arbeiterinnen forderte.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten ging Anna Stiegler nicht, wie so viele, den Weg in die innere Emigration, sondern leistete aktiven Widerstand. Sie sammelte Geld für die Familien inhaftierter Genossen, organisierte illegale Treffen der SPD-Frauengruppe, verteilte aus dem Ausland hereingeschmuggeltes Material. Die Gruppe wurde an die Gestapo verraten, Ende 1935 wurde Anna Stiegler der Prozess gemacht, Vorwurf des Hochverrates. Fast anerkennend heißt es in der Anklageschrift, dass sie zu den aktiven Mitgliedern des illegalen Parteivorstandes gehört habe. Und im Urteil kann man nachlesen, dass sie eine „kluge, energische, politisch ganz besonders durchgebildete Persönlichkeit“ war. Im November 1935 wurde Anna Stiegler zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie im Frauengefängnis Lübeck absaß. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde sie nicht entlassen, sondern in das KZ Ravensbrück überführt, wo sie unter schwersten Haftbedingungen bis zum April 1945 festgehalten wurde. Ihr Mann, der ihr beim Transport illegaler Flugblätter loyal geholfen hatte, wurde ebenfalls verurteilt: er erhielt eine Haftstrafe von zwei Jahren und kam danach ebenfalls in KZ-Haft. Sein weiterer Lebenslauf ist unbekannt, wahrscheinlich kam er im Lager Bergen-Belsen ums Leben.

Anna Stiegler kehrte im Januar 1946 nach Bremen zurück. Trotz ihres schweren persönlichen Schicksals war sie wenige Monate später wieder Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (bis 1963), reorganisierte die Bremer SPD-Frauengruppe und gehörte, gemeinsam mit der KPD-Abgeordneten Käthe Popall und anderen, zu den Mitbegründerinnen des überparteilichen Bremer Frauenausschusses. In den fünfziger Jahren war Anna Stiegler im Bürgerschaftspräsidium tätig und war langjährige Sprecherin der Deputation für Soziales, wo sie eng mit der damaligen Gesundheitssenatorin Annemarie Mevissen zusammenarbeitete.

Anlässlich des 75. Geburtstages der engagierten Sozial- und Frauenpolitikerin hieß es im *Weser-Kurier*: „Ihr Leben hat nur zwei Aufgaben gekannt: Hilfe denen zu bringen, die Hilfe benötigen und zum anderen die Frauen über ihren engen Wirkungskreis in Familie und Beruf an die größere Gemeinschaft heranzuführen.“

Nach ihrem Tod ehrte die Freie Hansestadt Bremen Anna Stiegler am 28. Juni 1963 mit einem Staatsakt im Rathaus.

*Quellen: StaB 9,S 3 / Anna Stiegler; Renate Meyer-Braun (Hrsg.), Frauen ins Parlament! Bremen 1991; Weser-Kurier vom 22. April 1956*

### Emil Theil (SPD)

Geb. am 19. Juli 1892 in Leipzig, gest. am 27. Dezember 1968 in Bremen. Der Sohn einer sächsischen Arbeiterfamilie kam schon im Elternhaus mit sozialdemokratischem Gedankengut in Berührung. Nach der Lehre als Eisendreher gelangte er auf der Wanderschaft nach Kiel, wo er auf einer Werft arbeitete. 1911 trat er in die SPD und die Gewerkschaft ein und begann intensiv und engagiert politisch zu arbeiten. In den Vordergrund trat Emil Theil wohl erstmals Ende des Ersten Weltkrieges, als er – in der Erkenntnis, dass der Krieg verloren sei – mit der aktiven Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokraten an der Friedenspropaganda teilnahm, er gehörte auch zu den führenden Köpfen beim Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918. Damals wurde er gemeinsam mit dem späteren Berliner Volksbeauftragten Wilhelm Dittmann verhaftet und in Festungshaft genommen, jedoch mit Beginn der November-Revolution in Kiel befreit.



Am 1. April 1920 kam Emil Theil dann als Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes nach Bremen, im darauffolgenden Jahr wurde er erstmals für die USPD in die Bremische Bürgerschaft gewählt. Der als „brillanter und polemischer“ Redner gerühmte Theil wurde Fraktionsvorsitzender der USPD, nach der Vereinigung der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen wurde er Vorsitzender der nun großen SPD-Fraktion, ein Amt, das er bis zur Auflösung der Bürgerschaft im März 1933 innehatte. Neben seiner umfangreichen parlamentarischen Arbeit war Theil inzwischen als Sekretär zu den Konsumgenossenschaften gewechselt.

Unmittelbar nach der Machtergreifung wurde er von den Nazis in Schutzhaft genommen und für fünf Monate im KZ Mißler interniert. Nach seiner Haftentlassung fand er schließlich Arbeit als Dreher auf der AG Weser, stets misstrauisch von der Gestapo beobachtet. Immer wieder kam es zu Hausdurchsuchungen und 1935 wurde er wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz angeklagt und zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, kurz nach der Haftentlassung wurde er erneut wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ inhaftiert und musste zwei Jahre lang in den KZ's von Sachsenhausen und Dachau ausharren. Eine letzte Haft ist nach dem Attentat auf Hitler im Juli und August 1944 im Leben Emil Theils verzeichnet.

Nach Kriegsende nahm er unverdrossen sofort wieder die politische Arbeit auf. Er wurde Vorsitzender der neu entstehenden SPD und wurde der erste von der Militärregierung ernannte Senator, er verantwortete nun das Bauressort: Als „Senator für Enttrümmerung und Aufräumung“ wurde er in einem Artikel in der Bremer Volkszeitung anlässlich seines 60. Geburtstages bezeichnet. Und weiter heißt es da: „Wer ihn sieht, den kleinen Mann mit dem intelligenten Gesicht, der hohen Stirn hinter den Brillengläsern und den scharf beobachtenden Augen, der ist tief beeindruckt.“ Emil Theil blieb bis 1955 Bausenator und war für einen großen Teil des Wiederaufbaus mitverantwortlich, er wurde Ratgeber vieler bremischer Institutionen wie der Sparkasse, der BreBau, der Straßenbahn und anderer.

*Quellen: StaB 9,S 3 / Emil Theil; Bremer Volkszeitung vom 19. Juli 1952; Bremer Bürgerzeitung v. 21. Juli 1962 u. 4. Januar 1969*



### **Prof. Dr. Carl Bernhard Dietz (DVP)**

Geb. am 25. März 1870 in Bremen, gest. am 22. April 1943 in Bremen. Dietz studierte in München, Berlin und Leipzig neuere Sprachen. Nach längerem Auslandsaufenthalt und pädagogischer Tätigkeit erhielt er 1897 eine Anstellung als Lehrer an der Handelsschule in Bremen, 1906 verlieh ihm der Senat den Professorentitel und ernannte ihn zum Direktor der Oberrealschule, wo er 27 Jahre lang tätig war. Von 1909 bis 1918 gehörte er als Vertreter der ersten Wahlklasse der Bremischen Bürgerschaft an, war Mitglied der Deputation für die Stadtbibliothek, der Behörde für das Landes-schulwesen und der Straßenreinigung. Er war Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) - von 1918 bis 1933

als Vorstandsmitglied – und Fraktionsführer in der Bremischen Bürgerschaft von 1920 bis 1933.

Das Schwergewicht seiner politischen Arbeit lag auf dem Gebiet des Bau-, Schul- und Theaterwesens. Wenige Tage nach der Auflösung von Senat und Bürgerschaft wurde er aus seinem Amt entfernt, wohl nicht zuletzt aufgrund einer mutigen Rede gegen die Machenschaften der Nationalsozialisten während der letzten Bürgerschaftssitzung am 10. März 1933 in der Börse: „Zwar stimme auch ich der Bürgerschaftsauflösung zu, aber ich kritisiere auf das Schärfste die Einsetzung eines Reichskommissars für das Polizeiwesen. In Bremen waren Ruhe und Ordnung gar nicht gefährdet, es sei denn, von Ihnen meine Herren!“ Resigniert ließ Dietz sich unter dem Druck der politischen Verhältnisse nach fast dreieinhalb Jahrzehnten im öffentlichen Dienst vorzeitig in den Ruhestand versetzen und lebte bis zu seinem Tod weitgehend unbehelligt in Bremen.

*Quellen: StaB 9, S 3 / Carl Bernhard Dietz; Bremische Biographie 1912 bis 1962, Bremen 1969*

Einige Nachrücker, die noch nicht bei den Wahlen von 1930 in die Bremische Bürgerschaft gewählt wurden, sondern zum Teil erst wenige Wochen oder Tage vor der erzwungenen Auflösung des Parlaments Abgeordnete wurden, sind bei den biographischen Skizzen unberücksichtigt geblieben. Sie und ihre Haftstrafen sollen aber hier nicht ungenannt bleiben.

**Adolf Bechthold** (SPD): 8 Tage im KZ Farge.

**Erich Casper** (SPD): 21 Tage im KZ Farge.

**Ferdinand Dahms** (SPD): 37 Tage im Polizeigefängnis, 9 Tage im KZ Farge.

**August Deppe** (SPD): 12 Tage im KZ Farge.

**Burchard Fritsch** (SPD): 9 Tage in der Ostertorwache, 8 Tage im KZ Farge.

**Richard Goldstein** (SPD): einige Tage im KZ Farge.

**August Hagedorn** (SPD): 3 ½ Wochen im Polizeigefängnis.

**Heinrich Hartmann** (SPD): 17 Tage im KZ Farge.

**Friedrich Henke** (SPD): 6 Wochen im Polizeigefängnis.

**Johann Ludewig** (SPD): 1 ½ Monate im Polizeigefängnis, 14 Tage im KZ Farge.

**Bernhard Meyer** (SPD): 14 Tage im Polizeigefängnis.

**Johann Osterloh** (SPD): 29 Tage im Polizeigefängnis.

**August Raschen** (KPD): über sechs Monate im KZ Mißler, 8 Tage im KZ Farge.

**Oskar Schulze** (KPD): 3 ½ Monate im Polizeigefängnis, 14 Tage im KZ Farge.

**Karl Schweiger** (KPD): 1 Jahr im KZ Mißler, 1 Jahr Polizeigefängnis, 3 Jahre Straflager Brual-Rhede, 5 Jahre KZ Sachsenhausen, 3 Jahre KZ Flossenbürg.

**Emil Spindler** (SPD): 3 Monate Untersuchungshaft in Berlin, 13 Monate im Gefängnis Berlin-Moabit, 9 Monate im Gefängnis Bremen-Oslebshausen.

Sehr unterschiedlich sind die hier beschriebenen Lebenswege, und naturgemäß sind die Abgeordneten der KPD und der SPD in erster Linie von den Verfolgungsmaßnahmen betroffen, da die Nationalsozialisten die sozialistische Linke als Hauptfeind sah. Die Frauen und Männer aus den bürgerlich-liberalen Parteien zogen sich resigniert ins Private zurück. Und die deutschnationalen Kreise arrangierten sich rasch mit den neuen Machthabern, die sie ja schon lange unterstützt hatten. Eine innere Emigration erfasste den Teil der Bevölkerung, der vorher über Jahre aktiv die politischen Gestaltungsmöglichkeiten in der Freien Hansestadt Bremen genutzt hatte.

Anders als zum Beispiel in Hamburg hatte es in Bremen keine jüdischen Abgeordneten in der Bürgerschaft gegeben. Die deutschen Juden sahen damals traditionell ihre politische Heimat im bürgerlich-liberalen Lager und in der Sozialdemokratie, doch aus der ausgesprochen kleinen jüdischen Gemeinschaft in Bremen gab es keine politisch aktiven Frauen oder Männer im Parlament, vielleicht auch dies ein Hinweis auf die Jahrhunderte alten antisemitischen Traditionen in der Hansestadt.

„Reiniger des öffentlichen Lebens“ hatte Alfred Faust nicht ohne Ironie die Männer der Gestapo einmal genannt, wenn sie ihre Opfer unter dem Etikett „Schutzhaft“ in die Konzentrationslager brachten. Und die berüchtigte „Schutzhaft“ ist für fast alle Abgeordneten der SPD-Fraktion nachzuweisen, meist schon kurz nach der „Machtübernahme“ und manchmal nur für wenige Tage, so für den Reformpädagogen und späteren Senator Christian Paulmann (1897 bis 1970) oder den Landwirt und späteren Senator Hermann Mester (1888 bis 1973). Sie konnten das Dritte Reich zwar mehr oder minder unbeschadet überleben, wurden aber stets aus ihren Ämtern entfernt. Anderen, wie aus den hier beschriebenen Lebenswegen der ehemaligen KPD-Abgeordneten und vieler Sozialdemokraten ersichtlich, erging es schlimmer. Erstaunlich viele ehemalige Abgeordnete fanden übrigens in diesen schweren Jahren Arbeit und Auskommen auf der AG „Weser“, es ehrt den damaligen Generaldirektor der Großwerft, Franz Stapelfeldt, dass er so vielen Verfolgten des Nazi-Regimes hilfsbereit zur Seite stand.<sup>27</sup>

Vier Abgeordnete der KPD-Fraktion fehlen in diesen biographischen Skizzen: Fritz Becker, Luise Eildermann, Paul Taube und Walter Werner. Von Luise Eildermann ist immerhin so viel bekannt, dass es sie mit ihrer Familie schon während der Kriegsjahre in den Osten Deutschlands verschlagen hatte, sie blieb dann in der später gegründeten DDR. Auf diese vier Lebenswege gibt es keine weiterführenden Hinweise. Doch auch bei ihnen ist davon auszugehen, dass ihnen die Nazi-Herrschaft schwer zugesetzt hat. Sie sollen hier nicht unerwähnt bleiben.

<sup>27</sup> | Franz Stapelfeldt, *Mein Verhältnis zur NSDAP (Manuskript), Bremen 1946*

Einige dieser Biographien sind lückenhaft, und manches Detail aus dem Leben der Abgeordneten ist unbekannt. Viele ehemalige Abgeordnete, die während des Dritten Reiches zeitweise inhaftiert waren und ihr Leben mit ihren Angehörigen unter dürftigsten Bedingungen fristeten, mussten nach dem Krieg viele Jahre lang um eine Wiedergutmachung für die erlittenen materiellen und gesundheitlichen Schäden kämpfen. Und manche, die während der Haft misshandelt worden waren, stritten nun mit den Behörden um Schadensersatz und um angemessene Renten. Bei der Durchsicht der Akten des Bremer Amtes für Wiedergutmachung, die heute im Bremer Staatsarchiv aufbewahrt werden, fällt besonders bei denen der ehemaligen KPD-Abgeordneten ins Auge, wie wüst die Nazi-Schergen sich bei Hausdurchsuchungen aufgeführt haben müssen: In fast allen Konvoluten finden sich Anträge auf einen Schadensersatz für einst umfangreiche Bibliotheken. Die Gestapo-Männer hatten hier die sorgfältig gesammelte sozialistische Literatur der Abgeordneten beschlagnahmt und in mehreren Fällen gleich vor Ort verbrannt, oft vor den Augen der schweigenden Nachbarn.

Das Präsidium der Bremischen Bürgerschaft hat inzwischen am Parlamentsgebäude am Bremer Marktplatz, das heute an der Stelle der zerstörten Neuen Börse steht, in der die Bremische Bürgerschaft am 10. und 15. März 1933 zum allerletzten Mal zusammentrat, zur Erinnerung an die verfolgten ehemaligen Abgeordneten eine Gedenktafel anbringen lassen.

## Periodika:

Bremer Arbeiterzeitung  
Bremer Bürgerzeitung  
Bremer Nachrichten  
Bremer Nationalsozialistische Zeitung  
Bremer Volkszeitung  
Weser-Kurier

## Aktenbestände des Staatsarchivs Bremen:

Bestand 4,54 - Akten des Amtes für Wiedergutmachung, Bremen  
Bestand 9,S 3 - Zeitschriftenausschnittsammlung  
Bestand 3/3 - Senatsprotokolle

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1933  
Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft vom Jahre 1933

## Literatur:

Karl-Dietrich Bracher, Die Krise Europas 1917 bis 1945, Frankfurt/Main / Berlin / Wien 1982

Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung – Aufbau, Ausprägung und Politik in Bremen 1945/1946, Hamburg 1976

Bremische Bürgerschaft (Hrsg.), Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947, Bremen 1998

Regina Bruss, Die Bremer Juden unter dem Nationalsozialismus, Bremen 1983

Deutscher Reichstag (Hrsg.), Verhandlungsberichte über die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahr 1918, 4 Bde., Berlin 1926-1928

Alfred Faust, Das Panama der Nordwolle – Die Lahusens, verkrachte Führer der Wirtschaft (Broschüre), Bremen o. J. (1931)

Dieter Fricke, Antisemitismus in Bremen (Manuskript), Bremen 1989  
Dieter Fricke u.a., Die Weiße Wache – Das Wilhelm Wagenfeld Haus am Ostertor in Bremen, Delmenhorst 1998

Helmut Gätsch, Die freien Gewerkschaften in Bremen 1919 bis 1933, Bremen 1969

Rainer Habel, Blumen für Farge, Bremen 1983

Holger Hasenkamp, Die Freie Hansestadt Bremen und das Reich 1928 bis 1933, Bremen 1981

Historische Gesellschaft Bremen / Staatsarchiv Bremen (Hrsg.) Bremische Biographie 1912 bis 1962, Bremen 1969

Wilhelm Kaisen, Meine Arbeit, mein Leben, München 1967

Hilde Kammer / Elisabet Bartsch, Nationalsozialismus, Reinbek/Hamburg 1992

Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus, München 1969

Inge Marßolek / René Ott, Bremen im Dritten Reich, Bremen 1986

Renate Meyer-Braun (Hrsg.) Frauen ins Parlament – Porträts weiblicher Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft, Bremen 1991

Hartmut Müller (Hrsg.), Bremer Arbeiterbewegung 1918 bis 1945, Bremen 1983

Detlev Peukert, Die Weimarer Republik – Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt/Main 1987

Dietmar von Reeken, Lahusen – Eine Bremer Unternehmersdynastie 1816 bis 1933, Bremen 1996

Holger Rust, Die Entwicklung des politischen Liberalismus in der Weimarer Republik, in: 1933 – Wege zur Diktatur, Berlin 1983

Gustav Salander, in memoriam Alfred Faust – Ein Franzose als Senatssprecher im Bremer Rathaus (Manuskript), Bremen o. J.

Herbert Schwarzwälder, Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen 1933, Bremen 1966

Herbert Schwarzwälder, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 3: Bremen in der Weimarer Republik, Hamburg 1983; Bd. 4: Bremen in der NS-Zeit, Hamburg 1985

Karl-Ludwig Sommer, Wilhelm Kaisen – Eine politische Biographie, Bonn 2000

Franz Stapelfeldt, Mein Verhältnis zur NSDAP (Manuskript), Bremen 1946

Staatshandbuch der Freien Hansestadt Bremen, Bremen 1930

Christl Wickert, Gedenkbuch verfolgter Sozialdemokraten in Norddeutschland, [www.archiv.spd.de](http://www.archiv.spd.de)

Jörg Wollenberg u.a., Von der Krise zum Faschismus – Bremer Arbeiterbewegung 1929 bis 1933, Frankfurt/Main 1983

Jörg Wollenberg, Vom Auswandererlager zum KZ. Zur Geschichte des Bremer Konzentrationslagers Mißler, in: Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Bd. 5, Bremen 1982

## **Abbildungen:**

Alle Abbildungen mit freundlicher Genehmigung des Staatsarchivs Bremen.